

CHINA UND DIE USA

Oskar Weggel

Seit Beginn der Carter-Administration, die gegenüber Moskau einen schärferen antisowjetischen Kurs steuert als der Apparat um Ford/Kissinger, beginnt das chinesisch-amerikanische Verhältnis, sich wieder aufzuhellen. Beide Seiten haben erkannt, daß es kein besseres Gespann im Kampf gegen den sich ausdehnenden Moskauer Einfluß gibt, als die gegenseitige Verbindung. Hauptfrage im chinesisch-amerikanischen Verhältnis bleibt denn auch - aus chinesischer Sicht - die Haltung Washingtons gegenüber Moskau. Neben diesem Kardinalpunkt gibt es eine Reihe von untergeordneten Problemen, wie etwa den Abzug der US-Truppen aus Südkorea, die Rückgabe einiger nach 1949 beschlagnahmter amerikanischer Vermögenswerte und selbstverständlich die Taiwan-Frage, die freilich nicht mehr ist als die "wichtigste Nebensache" im Verhältnis zwischen Washington und Peking. Allerdings wäre diese Nebensache erst zu lösen, bevor es zur Aufnahme regelrechter diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten kommt. Peking stellt ja seit vielen Jahren die gleichen drei Forderungen, nämlich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Washingtons zu Taipei, die Kündigung des 1954 geschlossenen bilateralen Sicherheitsabkommens zwischen Washington und Taipei sowie den Abzug der letzten amerikanischen Truppen, von denen sich ohnehin nur noch 2300 Militärberater auf der Insel befinden.

Ob es aber nun zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kommt oder nicht: Das Netz der Verbindungen zwischen beiden Staaten ist schon so eng geknüpft, daß notfalls sogar eine Zusammenarbeit auf militärischem, nicht nur auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, möglich wäre, ohne daß Botschafter ausgetauscht werden.

Daß die Taiwan-Frage durchaus sekundärer Natur ist, haben zwei Ereignisse besonders deutlich gemacht, nämlich zum einen das angesichts der sonstigen Pekinger Unbeugsamkeit fast unbegreifliche Opfer, den Fortbestand der diplomatischen Beziehungen Washington-Taipei zu dulden und sich mit einem nur halboffiziellen Verbindungsbüro zu begnügen. Bei der Güterabwägung zwischen Gesichtsverlust in der Taiwanfrage und dem erwarteten antisowjetischen Zugewinn mußte die Zweitrangigkeit des Taiwanproblems schnell deutlich werden; zum anderen aber die Rede Keng Piaos vom August 1976, die im Anhang abgedruckt ist und die die Taiwanfrage zwar als formelles, nicht aber als materielles Haupthindernis für die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen bezeichnet.

Die nachfolgende Analyse will einen möglichst systematischen Überblick über die sino-amerikanischen Beziehungen, vor allem seit 1972, geben. Aus Gründen der Klarheit sei deshalb die Gliederung vor die Klammer gezogen.

- I. Attribute der USA und Ziele der chinesischen Außenpolitik gegenüber Washington
 1. Attribute der USA
 2. Ziele gegenüber den USA
- II. Wie Peking und Washington sich näherkamen: Der Tauwetterprozeß
- III. Berührungspunkte und Reibungspunkte
 1. Politische Berührungspunkte und konsensfähige Strategien
 2. Reibungspunkte
 - aa) Ideologische Differenzen
 - bb) "Neben"-Widersprüche (Tibetbüro, Südkorea-Frage, Konfliktstoff im Südchinesischen Meer, Nukleartests und die Taiwanfrage
 - cc) Der "Hauptwiderspruch": Chinas Kampf gegen eine amerikanisch-sowjetische "unheilige Allianz"

- IV. Formen der Zusammenarbeit
 1. Halboffizielle Zusammenarbeit: Die beiderseitigen Verbindungsbüros
 2. Chinesische Volksdiplomatie gegenüber den USA
 3. Handelsbeziehungen
 4. Ansätze einer Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet
- V. Die Lehren der Vergangenheit: Zusammenarbeit China-USA ist erstrebenswert
- VI. Anhang: Basisdokumente zu den sino-amerikanischen Beziehungen
 1. Das Shanghai-Kommuniqué von 1972
 2. Die Rede Keng Piaos vom August 1976
 3. Ausschnitte aus der Asienrede des neuen amerikanischen Außenministers Cyrus Vance vom 29. Juni 1977

I. DIE ATTRIBUTE DER USA AUS CHINESISCHER SICHT

Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika heute in Peking immer beliebter werden, so geschieht dies keineswegs aus spontaner Zuneigung, sondern deshalb, weil den USA wenigstens vier Attribute zukommen, die von der chinesischen Außenpolitik stets mit einkalkuliert werden müssen.

a) Der US-Imperialismus gehört nach wie vor zur Ersten Welt. Mit der Sowjetunion teilt er die Papiertiger-Natur. Hierzu Chou En-lai: Am Ende des 2. Weltkriegs schien der US-Imperialismus allmächtig zu sein. Sein Versuch, "10 Flöhe mit 10 Fingern zu fangen", sei jedoch in einem Vierteljahrhundert Nachkriegsgeschichte gescheitert. Schrumpfung des technischen Vorsprungs, innenpolitische Krisen (Rassenfrage, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung), außenpolitischer Schiffbruch (Indochina) stellten das amerikanische Volk vor die Wahl entweder einer permanenten Versklavung gegenüber dem US-Kapital oder aber dessen Beseitigung (also: Sozialisierung). Als Papiertiger sei der US-Imperialismus taktisch zu beachten, strategisch aber zu verachten.

b) Die USA sind immer noch die stärkste Militärmacht der Welt, die, soweit sie auf Hegemonismus in Asien verzichtet, als Balance gegenüber der Sowjetunion interessant ist. Der chinesische Grundsatz lautet: "Als lachender Dritter vom Hügel aus dem Kampf der Tiger im Tale zuzusehen". Peking weiß, daß die USA an einem starken China als Ordnungsmacht in Asien und als Gegengewicht zur Sowjetunion in Asien interessiert sind. Zur Wahrung des asiatischen Gleichgewichts im Viereck China-Sowjetunion-Japan-USA brauchen beide Mächte einander. Die USA haben einen vorgeschobenen Militärgürtel aufgebaut, der von den Militärstützpunkten in Japan über die Subic-Bucht (Philippinen) sowie über Australien (ANZUS-Pakt) und den Marinekomplex auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean (1) bis zur Küste Südafrikas reicht, wo die Basis von Simonstown als Drehpunkt dient. In Washington besteht die Absicht, die militärische Präsenz der USA im Pazifik und im

Indik zu erhalten (Schaffung eines weiten Netzes von Inselstützpunkten, die alle "unzuverlässig geworden" Basen auf dem asiatischen Kontinent ersetzen sollen). Die "Pazifik-Doktrin" Präsident Fords vom 8.12.1975 zielt auf die Schaffung einer "Friedenszone in Asien" mithilfe von sechs Maßnahmen ab: Erhaltung der US-Präsenz im Pazifik; Partnerschaft mit Japan als Eckpfeiler; Normalisierung der Beziehungen zu China; Stabilität und Sicherheit in Südostasien; Entspannung in Korea; wirtschaftliche Zusammenarbeit in "angepaßter Form".

c) Die USA sind ferner als Wirtschaftspartner interessant: Sie liefern Weizen und technologische Spitzenprodukte. d)

d) Schließlich aber ist Washington immer noch wirksamster Garant einer Selbständigkeit Taiwans und des "Kuomintang-Regimes".

Diese Eigenschaften der USA geben der chinesischen Außenpolitik eine vierfache Stoßrichtung:

a) Als "monopolkapitalistische und hegemonistische" Macht sind die USA im Wege einer permanenten Fundamentalkritik an den Pranger zu stellen (Themen: Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Rassen Diskriminierung; außenpolitisch: "Hegemonialpolitik" in Korea, Indochina und vor allem in Lateinamerika).

b) Als Militärmacht im asiatisch-pazifischen Raum haben die USA im chinesischen Kalkül ein Gegengewicht zur steigenden Sowjetpräsenz zu bilden.

Allerdings ist darauf zu achten, daß Washington im asiatisch-pazifischen Raum niemals die im Shanghai-Kommuniqué (Februar 1971) gezogenen Grenzen überschreitet. d.h., wieder Hegemonie ausübt.

c) Als Wirtschaftspartner sollen die USA "Lücken" füllen.

d) In der Taiwanfrage ist die Position Washingtons systematisch auszuhöhlen. Das Kommuniqué von Shanghai enthält eine Klausel, die hierfür als Ansatzpunkt dienen kann.

Auch aus amerikanischer Sicht hätte eine weitere Annäherung an Peking zumindest drei große Vorteile:

- Militärisch wird mehr als ein Drittel der Sowjetstreitkräfte entlang der chinesischen Grenze gebunden.
- Ideologisch trägt der sino-sowjetische Konflikt, der propagandistisch vor allem von Peking ausgewertet wird, zu einer weiteren Aufsplitterung der internationalen kommunistischen Bewegung bei.
- Politisch wird Moskau durch das Trommelfeuer der Beschuldigungen, das von China ausgeht und das im allgemeinen auch wirklich empfindliche Stellen trifft, zu einem vorsichtigeren außenpolitischen Taktieren gezwungen.

Trotz der Versuchung, auf Seiten der USA aus diesen Chancen Kapital zu schlagen, war es doch stets der oberste Grundsatz des ehemaligen Außenministers Kissinger, "bei Russen nichts gegen Chinesen und bei Chinesen nichts gegen Russen" zu betreiben. Wörtlich bemerkte Kissinger (2): "In der außenpolitischen Analyse unterliegt man leicht der Versuchung, über den Alltagstaktiken die zugrunde liegende Realität zu vergessen. Jeder Versuch, die Sowjetunion und die VR China gegeneinander auszuspielen, trägt in sich das hohe Risiko, daß sie sich, zumindest aus taktischen Gründen, wieder gegen uns zusammenfinden. Formen der Kooperation mit der Sowjetunion, die als gegen China gerichtet ausgelegt werden könnten, haben wir peinlichst vermieden. Umgekehrt haben wir niemals gemeinsam mit China Erklärungen abgegeben, die als anti-sowjetisch gewertet werden könnten. Mit beiden haben wir bilaterale Beziehungen entwickelt, und es ist ihnen selbst überlassen, wie sie ihre Beziehungen zueinander regeln. Wir haben wirklich selten mit dem Einen über den Anderen gesprochen."

II. WIE PEKING UND WASHINGTON SICH NÄHERKOMMEN: DER TAUWETTERPROZESS

Fünf Ereignisse hatten dazu geführt, daß die USA jahrelang als Feind Nummer 1 der Volksrepublik China galten:

1. der Koreakrieg; 2. die sich daran anschließende militärische Einkreisung Chinas (von den Aleuten über Japan, Südkorea, Okinawa, Taiwan über die Philippinen und Indochina bis Thailand sowie durch den Aufbau multilateraler Verteidigungsbündnisse in Form der SEATO, der CENTO und des ANZUS-Paktes), die von einem Handelsembargo und einem vollständigen Einreiseverbot für Amerikaner in die Volksrepublik China (1952) flankiert wurden; 3. die systematische Stärkung der Kuomintang auf Taiwan; 4. der Vietnamkrieg (1964 ff.) und 5. die von den Chinesen seit Anfang der sechziger Jahre beargwöhnte "unheilige Allianz" zwischen Washington und Moskau.

Trotz schärfster gegenseitiger Polemiken und zeremonieller "ernsthafter Warnungen" (China erhob in der Zeit zwischen 1958 und 1971 über 500 mal solche "Warnungen" gegenüber den USA) bestanden seit dem Ende der Quemoy-Krise im Jahre 1958 die "Warschauer Gespräche" als eine Art "roten Drahtes". Außerdem hatte China mit den Amerikanern bereits zweimal an einem internationalen Verhandlungstisch gesessen, nämlich bei der Genfer Indochinakonferenz

von 1954 und der Genfer Laoskonferenz von 1961. Sogar zu bilateralen Vereinbarungen war es gekommen. Wenngleich die sieben von den Amerikanern vorgelegten Entwürfe für ein Gewaltverzichtsabkommen Makulatur blieben, so haben die insgesamt 134 Sitzungen (zuerst in Genf und dann seit 1958 in Warschau) doch zu einem Repatriierungsabkommen und zur Freilassung der meisten in chinesische Kriegsgefangenschaft geratenen Amerikaner geführt. Die Sitzungen hatten dreimal die Eskalation der Spannungen um Taiwan und damit die Gefahr kriegerischer Konflikte verhindert. Auch hatten sie mehrfach als Ersatzlösung für die Einbeziehung Chinas in eine Konferenz der "Großen Fünf" hergehalten. Nicht zuletzt aber dienten die Warschauer Gespräche jahrelang als ein Forum, auf dem jede Partei auf ritualisierte Weise ihren guten Willen manifestieren und Minimalanregungen geben konnte.

Alles in allem waren die USA schon während der sechziger Jahre allen westlichen Staaten nicht nur in der Quantität ihrer Kontakte, sondern auch in der Effektivität der erzielten Kompromisse voraus. Auch bei regulären diplomatischen Beziehungen hätte sich angesichts der grundsätzlichen Differenzen beider Mächte wohl kaum mehr herausholen lassen.

Nachdem der damalige Präsident Nixon im Februar 1972 Peking besucht hatte, mußte es früher oder später zur Errichtung von institutionalisierten Kontakten kommen.

Wie die amerikanisch-chinesische Begegnung herbeigeführt wurde, wurde aus Außenminister Kissingers Biographie deutlich (3). Dieser Bericht stellt zum ersten Male mit aller Deutlichkeit heraus, daß die amerikanischen Annäherungsversuche - wenn man einmal von den "Warschauer Gesprächen" absieht - nicht erst 1971, sondern bereits 1969 begonnen haben. Auch zeigt sich, daß es der Präsident selbst war, von dem der Gedanke einer Annäherung an China ausging. Er sei bereit gewesen, "die Tür nach China zu öffnen, wie groß die Schwierigkeiten auch sein mochten." Zum erstenmal ließ der amerikanische Präsident bei seiner Europareise das damalige französische Staatsoberhaupt de Gaulle von seiner Absicht wissen. Nixon bat den französischen Präsidenten, den Chinesen die Grundsätze seiner neuen Politik zu übermitteln, und de Gaulle wies den französischen Diplomat Etienne Manach, der am 23.10.69 zum Botschafter in Peking ernannt wurde, an, Nixons Botschaft den Chinesen "an höchster Stelle" zu übermitteln. Diesem Schritt folgten weitere einseitige Angebote von Seiten der Amerikaner. Im Juli 1969 beispielsweise äußerte Außenminister Rogers den Wunsch der Regierung, die chinesisch-amerikanischen Gespräche wiederaufzunehmen. Im August 1969 unterbrachen die USA ihre Patrouillenfahrten in der Straße von Taiwan und gaben damit ein 19 Jahre altes Erbe aus dem Koreakrieg auf. Im Dezember 1969 kündigte Washington den Abzug aller Nuklearwaffen aus Okinawa für das Jahresende an, und noch im gleichen Monat wurde das bisherige 100-Dollar-Limit beim Kauf chinesischer Waren aufgehoben. Die Regierung Nixon begriff - auf den Rat des Chinasachverständigen Allen S. Whiting hin - ihre historische Chance, sich den Chinesen, die immer mehr auf eine Konfrontation mit der Sowjetunion zusteueren, als Partner anzubieten. Die Chance einer radikalen Neuordnung der Pazifikmächte war sichtbar geworden.

Anfang Oktober 1969 erteilte Kissinger dem US-Botschafter in Warschau, Walter J. Stoessel, die

Order, er solle mit den Chinesen den seit Jahren abgerissenen Gesprächsfaden wieder aufnehmen. Stoessel, der diese Anweisung angesichts der bisherigen Praxis für ganz abwegig hielt, weigerte sich dreimal, die Chinesen zu kontaktieren. Erst am 11. Dezember kam es dann zu einer Wiederaufnahme der Warschauer Gespräche. Am 20. Februar 1970 schließlich schlugen die Chinesen überraschend die Verlegung der Gespräche nach Peking vor, doch ging Washington auf dieses Angebot zunächst nicht ein. Erst im Herbst 1970 konnte man durch die Vermittlung zweier wichtiger "Boten", nämlich des rumänischen Parteichefs Ceaucescu und des pakistanischen Staatschefs Jahja Khan die Gesprächskontakte wieder aufnehmen und tauschte nun auch schriftliche Noten aus. Die chinesischen Dokumente waren allerdings nie unterzeichnet. Sie enthielten auch keine Anrede, obwohl der Inhalt eindeutig für den Präsidenten bestimmt war. Die Noten waren alle handgeschrieben, auf weißem Papier mit blauen Linien. Meistens hatten die Chinesen alles, was sie zu sagen hatten, auf einem einzelnen Stück Papier vermerkt. Anfang 1971 schließlich enthielt eine dieser Noten die Einladung für "einen amerikanischen Abgesandten" zu wichtigen Gesprächen in Peking. Zwei Namen waren genannt: Rogers und Kissinger. Diese Geste wurde von chinesischer Seite noch dadurch unterstrichen, daß man am 6. April die amerikanische Tischtennismannschaft, die im japanischen Nagoya an der Weltmeisterschaft teilgenommen hatte, nach China einlud.

Die amerikanische Regierung reagierte kurz darauf mit der Aufhebung des 21 Jahre alten, seit dem Koreakrieg bestehenden US-Handelsembargos gegenüber China. Auch über die Aufnahme der VR China in die UNO machte man sich nun in Washington Gedanken.

Kissinger führte von jetzt an ein Doppelleben: In der Öffentlichkeit sprach er über Vietnam, Rußland und Europa, privat aber entwickelte er sich zu einem neuen "Chinafachmann". Ähnlich geschickt war auch sein Ablenkungsmanöver anlässlich einer Reise durch mehrere Staaten Asiens, bei der der journalistische Troß nach und nach abfiel, und die dann damit endete, daß Kissinger einen bestellten Doppelgänger zur pakistanischen Bergstation Nathia Gali unter dem Vorwand eines kurzen "Krankenaufenthalts" schickte, während er selbst unerkannt nach Peking flog.

In der chinesischen Hauptstadt traf Kissinger zu einer fast achtstündigen Unterredung mit Chou En-lai zusammen. Schon am nächsten Tag lud Chou den amerikanischen Präsidenten offiziell zu einem China-besuch ein. Kissinger nahm die Einladung im Namen Nixons an. Beide Unterhändler einigten sich auch über den Wortlaut eines Abschlußkommuniqués, das am 15. Juli um 10 Uhr abends veröffentlicht werden sollte. Zwei heikle Probleme gab es noch zu umschießen, nämlich die Taiwan-Frage und die Aufnahme der VR China in die UNO.

Die letztere Frage wurde durch eine bewußte Doppelzüngigkeit gelöst: Während Außenminister Rogers zum Kampf gegen die Aufnahme Chinas in die UNO aufrief, verkündete Kissinger auf ausdrückliche Order des amerikanischen Präsidenten die Geburt neuer Beziehungen zu Peking.

Beim Besuch des amerikanischen Präsidenten in Peking vom 21.-28. Februar 1972 wurde dann das unten (Abschnitt VI) abgedruckte und für die künftigen amerikanisch-chinesischen Beziehungen so fundamentale Shanghaier Kommuniqué von Kissinger und

Chiao Kuan-hua ausgearbeitet und von Nixon und Chou En-lai unterzeichnet.

Der eigentliche Motor für die Fortentwicklung der sino-amerikanischen Beziehungen blieb auch in den nächsten Jahren Außenminister Kissinger, der die VR China zwischen 1971 und 1974 nicht weniger als siebenmal besuchte, wobei es anfangs um die Einladung des amerikanischen Präsidenten, später die Herstellung geregelter Beziehungen (die Einrichtung einer beiderseitigen Verbindungsmission im Jahre 1973) und schließlich um die Information und Beruhigung des chinesischen Gesprächspartners angesichts amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen und Vereinbarungen (etwa im Zusammenhang mit den SALT-Verhandlungen und dem Treffen Breschnew-Ford in Wladiwostok Ende 1974) ging.

Auch zwei Präsidenten besuchten China, und zwar Nixon im Februar 1972 und Ford im Herbst 1975. Der Besuch Fords brachte keine neuen Ergebnisse und kostete die Amerikaner wahrscheinlich sogar "Gesicht" bei den Asiaten. Auch Mitgliedern des amerikanischen Kongresses war es nicht ganz wohl bei der Frage: Mitglieder einer Kongreßdelegation meinten (4), die USA hätten mit dem Besuch Nixons 1972 bereits ihren Tribut erbracht und könnten nun wohl zu Recht erwarten, daß zuerst ein chinesischer Spitzenpolitiker in die USA reise.

Lebhaft kümmerte man sich in Peking um die amerikanische Präsidentenfrage. McGovern, der im Wahlkampf 1972 als Gegenkandidat gegen Nixon auftrat, wurde in Peking als eine Art Schreckgespenst betrachtet, da er u.a. im Falle seiner Wahl versprochen hatte, bis zu 170.000 US-Soldaten aus der NATO zurückzuziehen, wodurch die militärische Balance entlang der russischen Grenze zugunsten der Sowjetunion verändert worden wäre (5).

Große Hoffnungen setzte man auf den demokratischen Senator Henry Jackson, der Mitte 1974 China besuchte und dessen scharfer anti-sowjetischer Kurs in Peking auf Sympathien stieß (6).

Nixons Wiederwahl im November 1972 war für Peking ein Anlaß zur Genugtuung (7).

Der Rücktritt Nixons im Anschluß an die Watergate-Affäre am 8.8.74 wurde von der chinesischen Presse (8) in einem knochentrockenen Kommentar zur Kenntnis genommen. Von den wenigen Sätzen, die aus seiner Ansprache zitiert wurden, war die Bemerkung referiert, daß "wir die Türen aufgeschlossen haben, die ein Vierteljahrhundert die USA und die VR China voneinander trennten."

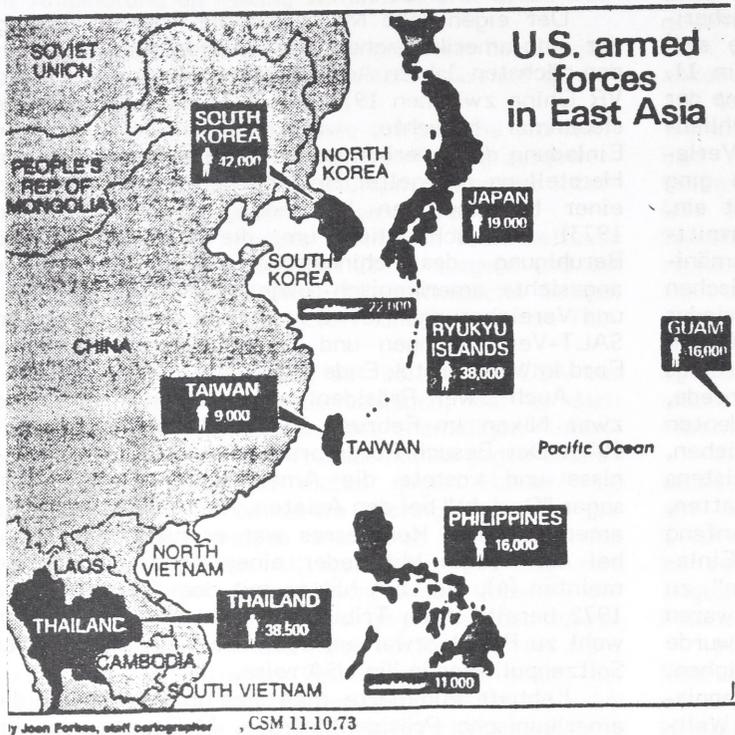
Dem neuen Präsidenten Ford begegnete man mit Zurückhaltung. Man hoffte, daß sich der demokratische Präsidentschaftsaspirent Jackson 1976 als Nachfolger Fords präsentieren werde (9).

Als dann überraschenderweise Jimmy Carter gewählt wurde, brachte Hsinhua (10) nur einen schmalen Faktenbericht, der das Stimmenverhältnis und das Wahlmännersystem erwähnte.

Immerhin scheint man aber damit zufrieden gewesen zu sein, daß Ford abtreten mußte. Die Administration Ford hatte für den chinesischen Geschmack ein allzu freundliches Verhältnis zu Moskau gepflegt. Besonders bei den zahlreichen Gesprächen Kissingers mit den Sowjets war in Peking zunehmendes Unbehagen aufgekommen.

Seit Anfang März 1977 ist die Carter-Regierung in inoffizielle Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Washington und Peking eingetreten.

Mit der Problematik betraut wurde Richard



Holbrooke, der zum Stellvertretenden Außenminister für Ostasien- und Pazifikfragen ernannt wurde. Präsident Carter und Außenminister Vance hatten das Problem auch bereits in privaten Gesprächen mit Vertretern des chinesischen Verbindungsbüros in Washington behandelt.

Anfang März 1977 wurde auch bekannt, daß die Nixon-Administration möglicherweise bereits geheime Absprachen mit Peking über den Abbruch der Beziehungen zwischen den USA und Taiwan getroffen habe.

III. BERÜHRUNGSPUNKTE UND REIBUNGSPUNKTE

1. Politische Berührungspunkte und konsensfähige Strategien

Was das Verhältnis der USA zur Zweiten Welt betrifft, so unterstützt Peking entschlossen die Washingtoner Politik zur Stärkung

- der NATO,
- der EG,
- des CENTO
- und des amerikanisch-japanischen Sicherheitspaktes.

Als besonders gefährdet gilt in Peking Jugoslawien, das sich in einer "delikatsten Übergangsphase" befinde. Eine militärische Aktion der Sowjets wie 1968 in der Tschechoslowakei sei keineswegs von der Hand zu weisen (11). Mehr US-Interesse käme hier den Vorstellungen Pekings entgegen.

Seit dem Ende des Indochina-Engagements der USA applaudiert Peking - wenn auch gedämpft - der Washingtoner Politik gegenüber der Dritten Welt.

Die affirmative Haltung der VR China wurde z.B. beim Afrikabesuch Kissingers (vom 24. April bis 2. Mai 1976 in Kenia, Tansania, Sambia, Zaire, Liberia

und Senegal) unter dem Aspekt anti-sowjetischer und auch anti-kolonialistischer Gesichtspunkte deutlich. Die Visite sei der erste Besuch eines amerikanischen Außenministers südlich der Sahara in den letzten sechs Jahren gewesen. "Die Völker haben vermerkt, daß Kissingers Afrikareise vor dem Hintergrund des sowjetischen Angriffs auf Südafrika nach ihrer (der sowjetischen) bewaffneten Intervention in Angola sowie der Siege der Bevölkerung Zimbabwes und des gesamten afrikanischen Volkes in seinem nationalen Befreiungskampf stattfand. Die afrikanische Öffentlichkeit hat darauf verwiesen, daß Kissingers Afrikareise zeigt, daß die USA versuchen, ihre Position angesichts der sowjetischen Offensive in Afrika wieder zu festigen." Während seines Aufenthaltes in Afrika habe sich Kissinger erneut gegen die Verfolgung hegemonialer Bestrebungen durch andere Länder, gegen eine "Blockpolitik" usw. ausgesprochen. Er habe jedoch die Frage des Abzugs der kubanischen Truppen nicht mehr erwähnt und auch die Antwort auf die Frage umgangen, was die USA im Falle einer militärischen Intervention der Sowjetunion in Südafrika zu unternehmen gedächten.

Positiv wertet der Bericht auch die Tatsache, daß Kissinger in einem Gespräch mit dem zambischen Staatspräsidenten Kaunda einen "friedlichen Wechsel der Regierung" in Rhodesien befürwortet habe. Positiv sei auch zu bewerten, daß er versprochen habe, Südafrika aufzufordern, einen definitiven Zeitplan für die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts in Namibia vorzulegen und die "institutionalisierte Rassentrennung" zu beenden.

Positiv wird ferner vermerkt, daß Kissinger versprochen habe, Mozambique und anderen Staaten, die ihre Grenzen zu Rhodesien geschlossen haben, zu helfen. Beifällig zitiert Hsinhua die Washington Post, derzufolge die USA Afrika gegenüber das Ziel verfolgen wollten, "der sowjetischen und kubanischen Durchdringung Afrikas zu begegnen und den Russen den Wind aus den Segeln zu nehmen".

Was allerdings die Praxis anbelangt, so sei dem westdeutschen Blatt "Bayernkurier" zuzustimmen, daß die USA ihre Hilflosigkeit hätten erkennen lassen, indem sie nur "leere Drohungen" gegen die sowjetische Intervention ausgestoßen hätten (12).

Auch in Asien wünscht Peking sich ein entschlosseneres Auftreten der USA gegenüber dem vordringenden "Sozialimperialismus". Nach chinesischer Auffassung sind die USA die einzige Macht der Welt, die einen sowjetischen Angriff auf China abschrecken könnte. Deswegen auch hatte das Hauptaugenmerk der Chinesen bei den Verhandlungen jener im Kommuniqué von Shanghai zum Ausdruck kommenden Klausel gegolten, daß weder China noch die USA eine sowjetische Hegemonie in Asien wünschten. China ist also an einer stabilen amerikanischen Präsenz in Fernost interessiert.

Dies wurde schon 1973 deutlich, als sich - neben der 7. Flotte - immer noch an sieben Stellen Asiens beachtliche amerikanische Truppenstärken befanden.

Inzwischen sind - sieht man einmal von Guam und den Philippinen ab - diese Kampfverbände ganz (Taiwan, Thailand) oder zum größten Teil abgezogen oder stehen - Südkorea - vor dem Abzug (Näheres

Enten 2/b).

Es fällt schwer sich vorzustellen, daß Peking dieser militärischen Ausdünnung mit Wohlbehagen zusieht.

Die militärische Präsenz der USA in Asien gehört also zu den konsensfähigen Tatbeständen. Washington freilich muß hier einige Abstriche machen.

Obwohl es das Hauptziel der chinesisch-amerikanischen Vereinbarungen von 1972 gewesen ist, einen Angriff der Sowjetunion auf China abzuschrecken, müssen die USA doch stets im Auge behalten, daß sich dieses Bündnis nicht einseitig gegen Moskau richtet. Vielmehr kommt es für Amerika darauf an, mit China und der Sowjetunion gleichermaßen erträgliche Beziehungen zu entwickeln.

Peking billigt ferner das bilaterale Sicherheitsbündnis der USA mit Japan, applaudiert der CENTO, läßt den ANZUS-Pakt (Australien-Neuseeland-US) zumindest ungescholten und hat auch gegen das amerikanische Sicherheitsbündnis mit den Philippinen nichts einzuwenden. Nur die US-Sicherheitsabkommen mit Südkorea und Taiwan werden angegriffen. Das Ableben der 1954 gegründeten SEATO am 30. Juni 1977 hat Peking kommentarlos zur Kenntnis genommen.

Wie sehr sich das Verhältnis zum früheren Hauptfeind USA entspannt hatte, wurde u.a. deutlich, als China 1973 damit begann, Kriegsgefangene aus den Jahren der Eiszeit zu entlassen:

"John Thomas Downey, alias Jack Donovan, Spion der "Central Intelligence Agency" der USA, männlich, 43 Jahre, geboren in Connecticut, USA, drang am 29. November 1952 an Bord eines Spionageflugzeugs im Nordosten Chinas heimlich in den chinesischen Luftraum ein und wurde verhaftet, nachdem sein Flugzeug abgeschossen worden war. Das Militärtribunal des Obersten Volksgerichts der VR China verurteilte Downey im November 1954 zu lebenslänglicher Haft. Das Urteil wurde am 13. Dezember 1971 in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt. Aufgrund der Tatsache, daß Downey seine Verbrechen gestand und sich bei der Verbüßung der Strafe gut führte, beschlossen die Organe der Diktatur seine Begnadigung und unverzügliche Freilassung. John Thomas Downey wurde am 12. März unter Bewachung abgeschoben" (13)

Neben Downey wurden noch zwei weitere ehemalige amerikanische Piloten entlassen. "Der 39jährige Philip Smith war am im September 1965 mit einem amerikanischen Kampfflugzeug vom Typ F-104 über der Insel Hainan abgeschossen worden. Robert Flynn, Flugzeugführer der US-Marine, drang am 21. August 1967 mit einem Düsenflugzeug vom Typ A-6a über Kuangsi in Chinas Luftraum ein und wurde dort abgeschossen; (14). Beide wurden am 15. März entlassen.

Konsensfähig wären schließlich auch die vermögensrechtlichen Probleme zwischen beiden Staaten. Peking erklärte sich anlässlich des Besuches von David Rockefeller, dem Präsidenten der Chase Manhattan Bank, in China (Januar 1977) bereit, über das in China "eingefrorene" US-Eigentum zu verhandeln. Die USA verlangen von Peking 196,9 Millionen Dollar für ehemalige Industrieanlagen der Amerikaner in China. Auf der anderen Seite soll in den USA chinesisches Eigentum im Werte von 76,5 Millionen Dollar beschlagnahmt worden sein, und zwar im Zusammenhang mit dem Koreakrieg.

Eine Regelung des beiderseitigen Problems könnte den Weg für Luftfahrt-, Zahlungs- und Handelsabkommen ebnen, also die Normalisierung der wirtschaftli-

chen Beziehungen zwischen beiden Ländern begünstigen (15).

2. Reibungspunkte

Drei Kategorien sollte man hier unterscheiden:

aa) Ideologische Differenzen, die allerdings die zwischenstaatliche Normalisierung als solche nicht behindern.

Peking nimmt denn auch kein Blatt vor den Mund, wenn es seine Meinung über den Charakter der amerikanischen Gesellschaft äußert. Als wollte Peking seine immer engeren Verbindungen mit den USA durch eine Negativ-Bilanz wieder wettmachen, erscheinen gerade in den Monaten nach dem Nixon-Besuch immer häufiger Berichte über die Krisen der "Vereinigten Staaten" (Der Ausdruck "US-Imperialismus" wurde in diesem Zusammenhang allerdings kaum noch erwähnt!). Es erschienen z.B. Artikel mit der Überschrift "USA: Arbeitslosenrate: 5,6%" (16); "Die Wirtschaft der USA: Rekordhöhe des Handelsbilanz-Defizits" (17); "Vereinigte Staaten: Wachsende Energie-Krise" (18); "Euro-Dollar und die Dollar-Krise" (19); "Zehn Dollar-Krisen" (20).

Im Gegensatz zu früheren Krisenvoraussagen ist bei den hier erwähnten Artikeln bemerkenswert, daß die Argumentation sich einer streng sachlichen Diktion bedient und um Verifizierung sämtlicher Behauptungen durch reiches Zahlenmaterial bemüht ist.

Wie China den ständigen Niedergang und "Verfallungs"-Prozeß des Kapitalismus sieht, geht aus der Schilderung folgender "fünf Wirtschaftskrisen in den USA" hervor: 1948-49. Die Industrieproduktion fällt innerhalb von 15 Monaten um 10,1 Prozent. Bankrotte Betriebe: mehr als 9000. Arbeitslose über 4,9 Millionen.

1953-54. Die Industrieproduktion sinkt innerhalb von 8 Monaten um 9,1 Prozent. Bankrotte Betriebe: mehr als 11.000. Arbeitslose: über 3,9 Millionen.

1957-58. Die Industrieproduktion geht innerhalb von 14 Monaten um 13,5 Prozent zurück. Bankrotte Betriebe: über 14.000. Arbeitslose: mehr als 5,07 Millionen.

1960-61. Die Industrieproduktion sinkt innerhalb von 13 Monaten um 8,6 Prozent. Bankrotte Betriebe: über 17.000. Arbeitslose: mehr als 5 Millionen.

1969-70: Die Industrieproduktion geht innerhalb von 14 Monaten um 8,1 Prozent zurück. Bankrotte Betriebe: mehr als 10.000. Arbeitslose: 5,06 Millionen.

Diesen fünf Krisen hatte sich inzwischen die sechste angeschlossen, die gekennzeichnet sei durch zweistellige Inflationsraten, durch den Rückgang der Industrieproduktion, durch das drastische Anwachsen der Arbeitslosigkeit (Oktober 1974: 5,5 Millionen), durch enorme Handelsbilanzdefizite und durch "Antikrisenmaßnahmen" (Erhöhung der Militär- und Regierungsausgaben), die die Krise lediglich noch weiter anheizten.(21)

bb) "Neben-Widersprüche" im Bereich der Tagespolitik

Fünf Punkte sind hier hervorzuheben, nämlich die Tibetfrage, die Koreafrage, das Problem der Unterstützung Manilas im Südchinesischen Meer, die Diskussion um die chinesischen Nukleartests, vor allem aber die Taiwanproblematik.

1. Zum "Tibetbüro" in den USA

Am 13.10.1975 beschuldigte Peking die Vereinigten Staaten in der Tibetfrage "unverhüllter Einmischung" in innere Angelegenheiten und einer "flagranten Verletzung" des Schanghaier Kommuniqués von 1972.

Die in einer Erklärung des chinesischen Außenministeriums enthaltenen Vorwürfe richteten sich gegen die, wie es hieß, "Duldung und Unterstützung der Tätigkeit tibetischer Verräter in den Vereinigten Staaten durch die US-Regierung".

In der von Hsinhua am 13.10. verbreiteten Erklärung, welche den vorgesehenen Besuch Kissingers nicht erwähnte, hieß es, das chinesische Verbindungsbüro in den Vereinigten Staaten habe das State Department am 30. Juli 1975 auf den "unhaltbaren Zustand" hingewiesen, daß ein sogenanntes "Tibet-Büro" in der Stadt New York "Nachrichtenbulletins, in denen unser sozialistisches Vaterland in jeder erdenklichen Weise verleumdet wird", in Umlauf bringe. In den "Bulletins" werde das "Büro" als "Vertretung" des Verräters Dalai ((Lama)) bezeichnet, das gemäß den Bestimmungen des US-Registrierungsgesetzes für ausländische Vertretungen registriert und im US-Justizministerium archiviert werde. Das State Department habe demgegenüber eine Antwort auf die chinesischen Vorstellungen mit der Ausflucht verzögert, die Angelegenheit müsse geprüft werden.

Weiter wird in der Erklärung des chinesischen Außenministeriums ausgeführt, auf die Nachricht hin, daß ein tibetisches Folklore-Ensemble Mitte Oktober eine Amerikatournee antreten werde, habe man die Forderung nach Schließung des "Tibet-Büros" wiederholt und die Absage der Tournee verlangt. Das State Department habe dagegen erst am 24. September geantwortet, jedoch "schamlos versichert", daß die Tätigkeit der Exil-Tibeter in Einklang mit den Gesetzen und der Verfassung der USA stünden. Ein weiterer Protest vom 8. Oktober sei unbeantwortet geblieben.

In der Erklärung des chinesischen Außenministeriums wird Tibet als "unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums seit altersher" bezeichnet. Der Feudalismus sei abgeschafft und der Sozialismus aufgebaut worden, seitdem das Gebiet 1965 für autonom erklärt wurde.

"Wie eine Verschwörung von Eintagsfliegen einen Baumriesen nicht zu Fall bringt, so wird auch das verräterische Treiben des Dalai ((Lama)) und seinesgleichen den Fortschritt des sozialistischen neuen Tibet in keiner Weise beeinträchtigen können. ... Jegliche ausländische Kräfte, die versuchen, sich zur Erreichung ihrer eigenen Ziele der Dalai-Verräter zu bedienen, sind zum Scheitern verurteilt."

Während das State Department den chinesischen Protest inzwischen zurückwies, versicherte George Bush, der damalige amerikanische Chef des US-Verbindungsbüros in Peking, daß die "Gesamtbeziehung" zwischen beiden Staaten von solcher Bedeutung ist, "daß sie über jeden Zwischenfall dieser Art - möge er auch noch so unerfreulich sein - hinausreicht" (64).

2. Peking und die US-Position in Südkorea

Schon 1971 war unter Nixon ein Kontingent von rund 20.000 Mann Landtruppen aus Südkorea abgezogen worden. Gleichsam als "Entschädigung" dafür erhielt Seoul eine finanzielle Hilfe von 1,5 Mrd. \$ zugesichert.

Inzwischen drängt auch der neue Präsident

Carter auf weiteren Rückzug der amerikanischen Truppen. Bis Ende 1978 sollen 6000 Mann der in Südkorea stationierten Landtruppen abgezogen werden. Dies wäre die erste Phase des Carter-Planes, in den nächsten 4 bis 5 Jahren sämtliche derzeit in Südkorea stationierten amerikanischen Landtruppen, das sind immer noch 30.000 Mann, zurückzunehmen, während die amerikanischen Luftstreitkräfte und Marineeinheiten dort verbleiben sollen.

Die Carter-Administration geht mit diesem Beschluß von der Annahme aus, daß sich ein Angriff Nordkoreas auf Südkorea in den nächsten Jahren nicht wiederholen werde, vor allem deshalb, weil die Volksrepublik China anders als 1950 keine militärische Rückenstärkung mehr geben würde.

Wie schon 1971 erwartet die südkoreanische Regierung einen Ersatz für die abgezogenen Truppen in Form von Finanzhilfe und Waffenlieferungen. Wahrscheinlich werden die Panzer-, Artillerie- und Geländefahrzeugausrüstung der 2. amerikanischen Infanterie-Division, die zur Zeit das Gebiet nördlich der Hauptstadt Seoul entlang dem 38. Breitengrad bewacht, auf der Halbinsel verbleiben und den südkoreanischen Truppen zur Verfügung stehen. Präsident Park möchte die derzeitige finanzielle Waffenhilfe der USA in Höhe von 275 Mio. \$ auf rund eine Mrd. Dollar aufgestockt sehen. Beim amerikanischen Kongreß trifft er jedoch auf eine ungünstige Stimmung, seit bekannt wurde, daß Park in den vergangenen Jahren durch umfangreiche Geldgeschenke amerikanische Beamte und Kongreßmitglieder zu beeinflussen versucht habe.

Die Pekingische Volkszeitung kommentierte am 24.6. anlässlich des 27. Jahrestages des Koreakrieges die Lage folgendermaßen: "Vor 27 Jahren begann der US-Imperialismus einen rücksichtslosen Aggressionskrieg gegen Korea und besetzte mit Gewalt unser Territorium in der Provinz Taiwan. Das heroische koreanische Volk unter der weisen Führung der Arbeiterpartei Koreas, geleitet von ihrem eigenen großen Führer, Genossen Kim Il Sung, führte, zu einer Einheit zusammengeschlossen, einen harten Kampf. Der weisen Entscheidung des großen Führers, Vorsitzenden Mao, folgend, sandte das chinesische Volk die chinesischen Volksfreiwilligen nach Korea, wo sie zusammen, Schulter an Schulter mit der koreanischen Armee und der Bevölkerung, kämpften." Nach einem dreijährigen Kampf wurde Korea geteilt. "Die Teilung Koreas ist eng verknüpft mit der Aggression und der Einmischung des US-Imperialismus. 24 Jahre sind seit dem koreanischen Waffenstillstand vergangen, die US-Truppen halten sich aber immer noch in Korea auf und sträuben sich gegen den vollständigen Abzug. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit, einschließlich des amerikanischen Volkes, zeigt die US-Regierung kürzlich Gesten ihrer Bereitschaft, ihre Bodentruppen zusammen mit den Kernwaffen in 4-5 Jahren aus Südkorea abzuziehen. Sie will jedoch ihre riesigen Luft- und Marinestreitkräfte zur weiteren Einmischung und Vereitelung der gerechten Sache des koreanischen Volkes auf Unabhängigkeit und friedliche Wiedervereinigung dort belassen. ... Die Frage der Wiedervereinigung Koreas sollte durch das koreanische Volk selbst gelöst werden, ohne jede Einmischung von außen. Die USA müssen ihre Bodentruppen, ihre Luft- und Marinestreitkräfte vollständig und unverzüglich aus Südkorea abziehen!"

3. Konfliktstoff im südchinesischen Meer?

Die Philippinen halten, genauso wie Vietnam, eine der Spratly-Inseln im südchinesischen Meer besetzt, nämlich Parola. Auf der westlichsten Hauptinsel der Philippinen, nämlich Palawan, errichtet die philippinische Marine in Puerta Princesa gerade eine kleine Marinebasis, die effektivere Einsätze um Parola ermöglichen soll. Gleichzeitig hat Manila die Vereinigten Staaten um Düsenflugzeuge gebeten, die den Luftraum über Parola sichern sollen.

Die VR China hält die Insel Ligaw mit einer kleinen Garnison besetzt.

Die Insel Parola ist nicht in das bilaterale amerikanisch-philippinische Verteidigungsabkommen eingeschlossen. Washington hat daher mehrmals die Hoffnung ausgedrückt, der Inselstreit lasse sich friedlich erledigen.

Manila hat einstweilen die Initiative ergriffen. In Puerta Princesa wird ein Ölverarbeitungs-komplex mit einem Wert von 150 Mio. US\$ errichtet. Gleichzeitig entsteht dort ein mit modernsten Computeranlagen ausgerüstetes Luftoperationszentrum, das, ebenso wie der Ölkomplex, mit amerikanischer Hilfe entwickelt wird. (22a)

Sollten die Spratly-Inseln, wie vermutet, wirklich hohe Ölmengen bergen, so könnte es langfristig zu schweren Konflikten zwischen den Philippinen und der VR China kommen, von denen auch die USA nicht unberührt blieben.

4. Chinesische Nukleartests und die USA

Auch die chinesischen Nukleartests lösten in den USA Unbehagen aus. Im Oktober 1976 wurden im US-Staat Pennsylvania größere Mengen radioaktiver Niederschläge, die auf den chinesischen Atomtest vom 26. September zurückgeführt werden, gemessen.

Die Einwohner Pennsylvanias erhielten die Anweisung, Obst und Gemüse gründlich zu waschen. Die Behörden zeigten sich auch über eine evtl. mögliche radioaktive Konzentration in der Milch beunruhigt. Nach Angaben der Behörden handelt es sich um die größte in diesem US-Staat seit Jahren beobachtete radioaktive Verseuchung (23).

5. Die Taiwanfrage

Und schließlich die "wichtigste Nebensache": Taiwan

Die drei Forderungen Pekings gegenüber Washington lauten:

- diplomatische Beziehungen Wahington-Taipei abbrechen;
- US-Truppen ausTaiwan abziehen;
- Sicherheitsabkommen von 1954 kündigen.

Hier ein kurzer Durchblick:

Bis zum Höhepunkt der sowjetisch-chinesischen Animositäten in den Jahren 1968 ff. nahm das Taiwan-Problem für Peking etwa denselben Stellenwert ein wie die deutsche Wiedervereinigungsfrage in der Politik Konrad Adenauers. Während freilich die DDR (de facto!) stets nach völkerrechtlicher Anerkennung und Selbständigkeit ihres Arbeiter- und Bauernstaates gestrebt hat, ging es den Regierungen in Taipei und in Peking auch nicht einen Augenblick lang um die Anerkennung zweier Chinas, sondern lediglich um die Frage der legitimen Vertretung des einen unteilbaren China.

Im Laufe der Jahre wurden die juristischen Aspekte zum völkerrechtlichen Status der Republik China wieder und wieder erörtert und vor allem von westlichen Wissenschaftlern in durchaus verschiedenen Richtungen interpretiert. Alles in allem lassen sich zwei große Theorie-Komplexe unterscheiden (24):

- "Der Status des Territoriums von Taiwan ist ungeklärt".

Argumente: Japan habe bei seiner Kapitulation im Jahre 1945 Taiwan und die Nebeninseln keineswegs definitiv aufgegeben, sondern lediglich seine Bereitschaft ausgedrückt, dies in einem späteren Friedensvertrag zu tun. Im Friedensvertrag mit Chiang Kai-shek von 1951 aber sei nur ein einseitiger Verzicht Japans ausgesprochen, jedoch kein begünstigter Staat namhaft gemacht worden. Taiwan steht also nur unter der provisorischen Verwaltung des Kuomintang-Regimes. Auch die USA hätten es später vermieden, sich in dieser Frage eindeutig festzulegen (25).

Diese blasse juristische Konstruktion hat durch das amerikanisch-chinesische Kommuniqué vom Februar 1972, vor allem aber auch durch die japanisch-chinesische Erklärung vom September 1972 (in beiden Urkunden wird einwandfrei festgelegt, daß "Taiwan eine Provinz Chinas" und damit integrierender Bestandteil Chinas ist) endgültig ihren Todesstoß erhalten.

- Es läßt sich demnach nur noch eine einzige Position aufrechterhalten, wie sie ja auch den Auffassungen der beiden chinesischen Regierungen entspricht, daß nämlich Taiwan ein Teil des chinesischen Staates sei und daß es bei dem Streit zwischen Taipei und Peking lediglich um die Frage der legitimen Vertretung gehe. Peking hat seine diesbezügliche Auffassung besonders prägnant vor der UNO-Vollversammlung vom 15. November 1971 zum Ausdruck gebracht.

"Taiwan ist eine Provinz Chinas. Die 14 Millionen Einwohner von Taiwan sind blutsverwandte Landsleute des chinesischen Volkes. Gemäß der Kai-roer Erklärung (vom 26. November 1943) und der Potsdamer Erklärung (vom 26. Juli 1945) war Taiwan nach dem zweiten Weltkrieg dem Vaterland zurückgegeben worden, und auch unsere Landsleute auf Taiwan kehrten in die Arme des Vaterlandes zurück. Die USA-Regierung erkannte in den Jahren 1949 und 1950 mehrmals offiziell diese Tatsache an und erklärte öffentlich, die Taiwanfrage gehöre zu den inneren Angelegenheiten Chinas; die Regierung der USA habe deshalb nicht die Absicht, sich einzumischen. Nur weil der Koreakrieg ausbrach, wurde die USA-Regierung wortbrüchig, indem sie ihre Streitkräfte zur Besetzung von Chinas Taiwan und der Taiwan-Straße entsandte, wo diese bis heute verbleiben. Jetzt wird mancherorts die absurde Behauptung verbreitet, daß 'Taiwans Status noch unbestimmt' sei. Dies ist ein Komplott zur Schaffung eines unabhängigen Taiwan, also zur Fortsetzung der Intrige 'Ein China - Ein Taiwan', die in Wirklichkeit auf 'Zwei China' abzielt. Im Namen der Regierung der Volksrepublik China bekräftige ich hiermit erneut: Taiwan ist ein unabtrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums. Die gewaltsame Okkupation des chinesischen Taiwan und der Taiwan-Straße durch die USA kann die Souveränität der Volksrepublik China über Taiwan nicht im geringsten beeinträchtigen; alle Streitkräfte der USA müssen von Taiwan und der Taiwan-Straße abgezogen werden. Jede Intrige zur Abtrennung Taiwans vom Vaterland werden wir entschieden bekämpfen. Das chinesische Volk wird

Taiwan unbedingt befreien, und keine Macht der Welt kann es daran hindern!" (26)

In dem chinesisch-amerikanischen Kommuniqué vom 28.2.1972 lautet der Taiwan-Passus folgendermaßen:

"Die chinesische Seite bekräftigte ihren Standpunkt: Die Taiwanfrage ist die entscheidende Frage, die der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten im Wege steht; die Regierung der Volksrepublik China ist die einzige rechtmäßige Regierung Chinas; Taiwan ist eine Provinz Chinas, die schon seit langem zum Mutterland zurückgekehrt ist." (27)

§ 3 der japanisch-chinesischen Erklärung vom 29.9.1972 lautet:

"Die Regierung der Volksrepublik China erklärt erneut, daß Taiwan ein unabtrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums ist. Die Regierung Japans versteht und achtet diese Position völlig und bleibt fest bei ihrer Haltung gemäß § 8 der Potsdamer Deklaration."

Außenminister Ohira erklärte ergänzend in seiner Pressekonferenz vom 29. September, daß der 1951 zwischen Japan und Chiang Kai-shek geschlossene Friedensvertrag "als Folge der Normalisierung der chinesisch-japanischen Beziehungen seine Bedeutung verloren hat und für beendet erklärt wird, obgleich diese Frage in der gemeinsamen Erklärung nicht erwähnt ist" (28).

Genau besehen sind es drei Detailfragen, in die sich die Taiwanproblematik aufgliedert:

a) Die militärische Sicherheit Taiwans. Frage: Soll Washington den Verteidigungsvertrag von 1954 kündigen und seine Truppen aus Taiwan abziehen?

Nach Ausbruch des Koreakrieges am 25. Juni 1950 gab der damalige Präsident Truman am 27. Juni bekannt, die USA würden jedem Angriff auf Taiwan mit Waffengewalt entgegentreten, aber auch die Chiang Kai-shek-Regierung an Aktionen gegen das Festland hindern.

Der neugewählte Präsident Eisenhower hob am 2. Februar 1953 Trumans Befehl zur Verhinderung von Aktionen Chiang Kai-sheks auf.

Die Kuomintang hatten damals in den Augen Pekings eine starke Position: Von der dem Festland vorgelagerten Inselkette aus (Tachen vor Shanghai - Matsu vor der Stadt Fuchou und Quemoy vor dem Hafen Amoy) konnte Taipei den Schiffsverkehr an der südostchinesischen Küste auf einer Länge von rund 900 km stören, wenn nicht gar blockieren. Zudem begannen die Nationalchinesen dringlicher denn je, die "Rückeroberung des Festlands" zu propagieren. Peking befürchtete - als Pendant zur bereits bestehenden SEATO - die Gründung einer scharf antikommunistischen NEATO (North East Asian Treaty Organization), bestehend aus Nationalchina, dem Japan Yoshidas, den USA (Ära Dulles!) und dem Korea des geschworenen Kommunistenfeindes Syngman Rhee.

In dieser Situation zog Peking Mitte August 1954 plötzlich die Register seiner Propaganda zur "Befreiung Taiwans", begann am 3. September, Quemoy zu bombardieren und gleichzeitig die Tachen-Inseln zu belagern. Taipei fand zwei Antworten: Am 2. Dezember 1954 schloß es mit Washington ein bilaterales Verteidigungsabkommen, und im Februar 1955 räumte es mit Hilfe der Siebten Amerikanischen Flotte die schwer haltbaren Tachen-Inseln.

Kurzgefaßt hatte der aus 10 Artikeln bestehende Vertrag folgenden Inhalt:

Art. 1: Die Partner verpflichten sich, alle internationalen Zwistigkeiten, in die sie verwickelt werden, auf friedliche Weise beizulegen.

Art. 2 und 5: Sie werden sich gegenseitige Unterstützung gegen bewaffnete Angriffe auf ihre Gebiete im westpazifischen Raum und "kommunistische subversive Tätigkeit, die von außen her gegen ihre territoriale Integrität und ihre politische Stabilität gerichtet sind", gewähren.

Art. 3: Gegenseitige Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Art. 6: "Für die Zwecke der Art. 2 und 5 sind unter den Bezeichnungen "territorial" und "Gebiete" im Hinblick auf die Republik China Taiwan und die Pescadoreen, im Hinblick auf die Vereinigten Staaten von Amerika die unter ihrer Verwaltung stehenden westpazifischen Inseln zu verstehen. Die Vorkehrungen der Art. 2 und 5 sind auf andere Territorien anwendbar, soweit sie durch gegenseitige Übereinkunft festgelegt werden."

Art. 7: China erklärt sich damit einverstanden, daß die USA so viel Land-, See- und Luftstreitkräfte in und um Taiwan und die Pescadoreen stationieren können, "als nach gegenseitiger Übereinkunft für ihre Verteidigung nötig sind".

Ratifikation:

China 1955 Jan. 14; USA 1955 Febr. 09.

Dauer:

Unbeschränkt. Kündigungsfrist: 1 Jahr (Art. 10).

Zusätzlicher Briefwechsel:

Dem Vertrag wurde ein Briefwechsel zwischen dem Außenminister der Regierung Chiang Kai-shek und dem amerikanischen Außenminister beigefügt, in dem sich beide Seiten verpflichten, sich vor Gebrauch von Gewalt gegenseitig zu konsultieren, ausgenommen "Aktionen eines Notstandscharakters, die eine klare Ausübung des angestammten Rechts der Selbstverteidigung sind".

Interpretationserklärung des amerikanischen Senats: (1955 Febr. 09)

Bei der Ratifikation des Abkommens gab der amerikanische Senat die Erklärung ab, daß der Vertrag keine Anerkennung der Souveränität der Regierung Chiang Kai-shek über Formosa bedeute, daß jede Ausweitung der amerikanischen Verpflichtungen über Formosa und die Pescadoreen hinaus der Zustimmung des Senats bedürfe und daß beide Vertragspartner nicht ohne vorhergehende Konsultation zu Gewalt schreiten sollten. (29)

Der demokratische Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Mansfield, forderte im November 1976 eine schnelle Aufkündigung des Verteidigungsvertrages mit Taiwan. In einem 158 Seiten langen Bericht über seine vierte Chinareise erklärte er, es liege im Interesse der Vereinigten Staaten, sofort den vom früheren Präsidenten Nixon begonnenen Aussöhnungsprozeß mit Peking zu vollenden. Der Verteidigungsvertrag mit Taiwan beruhe "auf einer verzerrten Betrachtungsweise" der langfristigen Interessen Amerikas im Fernen Osten. Verträge müßten sich den geänderten internationalen Realitäten anpassen. Der Senator hält es nicht für nötig, die im Verteidigungsvertrag von 1954 vereinbarte einjährige Kündigungsfrist einzuhalten. "Wenn Taiwan ein Teil Chinas ist, wollen die beteiligten Parteien jetzt übereinstimmen, bedeutet eine solche Frist nur eine zusätzliche

Verzögerung", erklärte er (30).

Mitte April sind es noch 2300 US-Militärberater, die im Rahmen der Organisation für militärische Beratung (MAAG) in Taiwan verblieben sind. Kampftruppen befinden sich nicht mehr auf der Insel.

An Militärhilfe erhielt Taiwan von den USA i.J. 1976 noch 80 Mio. US \$; 1977 waren es nur noch 35,9 Mio. Dieser Trend wird sich unter der Carter-Regierung höchstwahrscheinlich fortsetzen.

b) Politischer Status Taiwans. Frage: Soll Washington die diplomatischen Beziehungen zu Taipei denen zu Peking opfern?

c) Wirtschaftliche Beziehungen zu Taiwan. Frage: Wie sollen sie aufrechterhalten und gesichert werden?

Die Fragen b und c sind verhältnismäßig leicht zu beantworten, sobald einmal das Problem a einer Lösung zugeführt ist.

Es käme für Washington nämlich dann die "japanische Formel" in Frage, die auf den Abbruch aller offiziellen Beziehungen zu Taipei und sofortige Wiederaufnahme inoffizieller Verbindungen hinausläuft. Die gegenwärtigen Verhältnisse würden also lediglich "umgedreht". Das US-"Verbindungsbüro" würde von Peking nach Taipei wandern und die US-Botschaft von Taipei nach Peking. Ob dieses gewanderte Verbindungsbüro nun "halboffiziellen" oder "nichtoffiziellen" Charakter erhalten sollte, ist eine Frage zweiter Ordnung.

Taipei könnte es sich, wenn es nicht seine totale politische Isolierung riskieren wollte, wohl kaum leisten, einer solchen Politik durch Abbruch aller Beziehungen zu Washington zu begegnen.

Ähnliche Lösungen wurden bereits von den demokratischen Senatoren Mansfield (31) und Henry Jackson (32) vorgeschlagen.

Taipei ist bei Anwendung der "Japan-Formel" bisher gut gefahren: Nachdem zwischen Tokyo und Peking im September 1972 diplomatische Beziehungen aufgenommen und gleichzeitig die bisherigen Verbindungen mit Taiwan abgebrochen wurden, entstand in Taipei eine Austauschvereinigung japanischer Provenienz, die - auf privater Ebene - unter der Bezeichnung "Vereinigung für ostasiatische Beziehungen" die Funktion einer Art Handelskammer in Taipei wahrnimmt. Einige der ehemaligen Botschaftsangehörigen blieben Mitglieder der "Association" nicht nur in Taipei, sondern auch in kleineren Städten Taiwans.

Im Oktober 1974 ernannte die Regierung in Tokyo den früheren Botschafter auf den Philippinen, Toshio Urabe, zum Leiter des Verbindungsbüros in Taipei. Er wurde Nachfolger von Hironori Ito, der in das Außenministerium zurückkehrte, um für einen Botschafterposten im Ausland frei zu sein. Die Regierung hatte erwogen, einen Diplomaten auf Botschafterebene zum Leiter des Büros zu ernennen, um die Gespräche über die Wiedereröffnung der Flugverbindung Tokyo-Taipei zu führen, die von Taiwan unterbrochen worden war, als Japan und China am 20. April 1973 ein offizielles Abkommen über den zivilen Luftverkehr unterzeichneten.

Visen, die von taiwanesischen Verbindungsbüros dieser "Vereinigung" in Japan ausgegeben werden, tragen den Stempel "Botschaft der Republik China, Seoul". Visen umgekehrt, die durch japanische "Vereinigungs"-Filialen in Taiwan ausgestellt werden, sind mit der Aufschrift "Japanisches Generalkonsulat Hong Kong" versehen.

Unter diesen günstigen organisatorischen Rah-

menbedingungen konnte auch der Handelsaustausch zwischen Japan und Taiwan weiterhin ansteigen: 1973 betrug das Volumen beispielsweise 2,2 Mrd. US\$ (verglichen mit dem nur 1,9 Mrd. Volumen Japans mit der VR China).

Im November 1973 errichteten japanische und taiwanesische Geschäftsleute zusätzlich eine "Ostasiatische Unternehmerkonferenz", um ihren gegenseitigen Handel zu koordinieren und voranzutreiben, wobei die beiden Regierungen stillschweigend ihren Segen gaben. Die Investitionen Japans in Taiwan übertrafen damals erstmals seit sieben Jahren die US-Investitionen.

Interessanterweise wurde das Beziehungsgefüge, wie es gegenwärtig zwischen Japan und Taiwan besteht, von Pekinger Führern als modellhaft auch für eine künftige Ausgestaltung des amerikanisch-taiwanesischen Verhältnisses hingestellt. Diesen Eindruck wenigstens hatte der amerikanische Senator Mike Mansfield, der Mitte Dezember 1974 die VR China aufsuchte (33).

Auch in anderen Teilen der Welt ist Taiwan mit der Japan-Formel gut weggekommen.

In mehr als 70 Ländern unterhält das Land inoffizielle Büros, die Visa und Reisedokumente ausstellen, kulturelle Aktivitäten betreiben und Informationen sammeln bzw. Informationsmaterial verteilen. Von den Aktivitäten her gesehen, sind diese Funktionen denen einer offiziellen Botschaft zum Verwechseln ähnlich.

Einige Beispiele zeigen, mit welcher Geschicklichkeit man es verstand, Ersatzorganisationen aufzuziehen:

a) In Spanien z.B., das 1973 mit Bedauern die Beziehungen zu Taipei abbrach, bestehen nach wie vor intensive Kontakte, insofern nämlich der zweitwichtigste Mann der ehemaligen Botschaft in Madrid blieb, und zwar als Chef des "Sun-Yat-sen-Centers". Handelsmissionen wurden weiterhin ausgetauscht, und neue kulturelle Bindungen angeknüpft.

b) Anstelle der ehemaligen Botschaft in Canberra wurde durch Taiwan in der Zwischenzeit eine private Handelsfirma aufgezo-gen, die inoffiziell als nationalchinesische Mission gilt und an deren Spitze ein früherer nationalchinesischer Botschafter steht. Australien umgekehrt eröffnete in Taipei 1974 ein neues Büro der "Australia-Free China-Society", die australische Wirtschaftsinteressen in Taiwan vertritt. Seit Australien seine offiziellen Beziehungen zu Taiwan im Dezember 1972 abgebrochen hat, verdoppelte sich der Handel zwischen beiden Ländern fast.

c) Die Bundesrepublik Deutschland braucht offizielle Beziehungen zu Taiwan zwar nie abzubrechen, doch hat auch ihre Aufnahme offizieller Beziehungen mit der VR China im Oktober 1972 die Handelsbeziehungen mit Taiwan keineswegs gestört, im Gegenteil, der Handel hat sich seitdem mehr als verdoppelt, und die Bundesrepublik ist dritter Außenhandelspartner (unter den europäischen Staaten sogar erster Partner Taiwans mit einem Anteil von rund 40% des taiwanesischen Europahandels).

Auch organisatorisch ist Taiwan in der Bundesrepublik präsent und zwar einmal in Form des "Asia Trade Center" in Frankfurt. Taiwan veranstaltete ferner eine Reihe von Seminaren über Investitionsmöglichkeiten auf der Insel. Ziemlich aktiv ist außerdem der "Freichina-Informationsdienst" (Bonn-Bad Godesberg), der an Bürger der

Bundesrepublik, die in der einen oder anderen Form mit chinesischen Fragen befaßt sind, unaufgefordert Berge von Material versendet, unter anderem ein 2-Wochen-Bulletin mit dem Titel "What's happening on the Chinese Mainland", das in teils sachlicher, teils polemischer Form sich mit Festlandsfragen auseinandersetzt; ferner Informationsbroschüren, deren Wert und Qualität die Skala vom Kalten Krieg bis zur sachlichen Information durchläuft.

Westdeutsche Reisende, die nach Taiwan wollen, haben früher ihr Visum von der Botschaft in Brüssel, später in Madrid erhalten; nach Schließung dieser Institutionen erstellt das Handelscenter in Frankfurt "Letters of Recommendation" des Taiwan Travel Service, die durch die Flughafenbehörden im internationalen Flughafen in Taipei sofort in Einreisevisa umgewandelt werden. Vergünstigungen dieser Art bestehen für Bürger der Bundesrepublik, Frankreichs, der Niederlande, der Schweiz, Italiens und einiger anderer Länder, mit denen Taiwan weder diplomatische noch Konsultsbeziehungen unterhält.

Das hier so vielfach praktizierte inoffizielle Verbindungsmuster sollte eigentlich auch für die USA Modell stehen können.

cc) Der "Hauptwiderspruch":

Chinas Kampf gegen eine amerikanisch-sowjetische "unheilige Allianz"

In einer Rede vor Absolventen der chinesischen Außenpolitischen Akademie führte Keng Piao, Leiter des Internationalen Verbindungsbüros der Partei sowie Vollmitglied des ZK, im August 1976 aus, die Hauptzielrichtung der Amerika-Politik Pekings sei die Blockierung der sowjetisch-amerikanischen Entspannung, um dadurch Zeit zu gewinnen und der Volksrepublik China einige ruhige Jahre zur Lösung ihrer innenpolitischen Probleme zu verschaffen. Keng sagte den angehenden Diplomaten, daß die Taiwanfrage zwar das formelle Haupthindernis für die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen sei, daß diesem Problem jedoch nur zweitrangige Bedeutung zukomme. In der Taiwanfrage habe man schon Jahrzehnte gewartet und könne auch weiter warten. Viel wichtiger sei die Beschäftigung mit dem Feind Nr.1, dem sowjetischen revisionistischen Sozialimperialismus. Alles andere seien demgegenüber zweitrangige Fragen.

Unter diesem Gesichtspunkt müsse man darauf achten, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen weiter zu verbessern und dadurch einen Feind weniger zu haben und mehr Freunde "um uns zu scharen". Diese Amerika-freundliche Politik dürfe nicht mißverstanden werden. Es stünden die Interessen des chinesischen Volkes im Mittelpunkt. Diesen aber sei eher gedient, wenn man den Kampf gegen den US-Imperialismus etwas zurückschraube. Niemals freilich dürfe man die "Doppelnatur" der chinesischen Außenpolitik vergessen (Voller Wortlaut der Rede in Abschnitt VI/2).

Schon beim kleinsten Anzeichen einer amerikanisch-sowjetischen Annäherung reagiert Peking fast mimosenhaft. Drei Beispiele:

Beispiel Nr. 1: Am 8. Juli 1973 kritisierte Chou En-lai das Gipfeltreffen Nixon-Breschnew und bezeichnete die dabei getroffene Übereinkunft über die Verhinderung eines Atomkrieges als "einen Fetzen Papier" (34). Bestehe nicht seit 1950 ein Freundschaftsvertrag zwischen China und der Sowjetunion, der aber von Moskau, das eine Million Soldaten an der

Grenze Chinas stationiert habe, ständig mit Füßen getreten werde?

Gegenüber dem Vorsitzenden der Vereinigung für japanisch-chinesische Freundschaft, Hisao Kuroda, erklärte er, das sowjetisch-amerikanische Abkommen zur Verhütung eines Atomkrieges sei gefährlich weil irreführend. Trotz nach außen zur Schau getragener Freundschaft führten die USA und die Sowjetunion mehr denn je einen harten Kampf um Vorherrschaft, vor allem in Europa und im Nahen Osten. Breschnew sei allerdings angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten in seinem Lande "mit gesenktem Haupte" zu Nixon gereist (35).

Beispiel Nr. 2: Polemik gegen die "Sonnenfeldt-Doktrin". Am 5.4.1976 veröffentlichte das amerikanische State Department offiziell die Auszüge aus einer Rede, die Helmut Sonnenfeldt, der Berater des State Department, im Dezember 1975 auf einer Londoner Sitzung der amerikanischen Botschafter in Europa gehalten hatte. In dieser Rede hatte Sonnenfeldt ausgeführt, es gebe für die USA "keine Möglichkeit, das Auftreten der Sowjetunion als Supermacht zu verhindern. ... Alles, was wir tun können, ist, auf die Art und Weise einzuwirken, in der sich diese Macht entwickelt..., um ihre ... Grundlage natürlicher und organischer zu gestalten". Dieses Faktum müsse besonders bei der Osteuropa-Politik Berücksichtigung finden. Dort ist überall der "glühende Wunsch vorhanden, sich aus der Zwangsjacke der Sowjetunion zu befreien. ... Aber die einzige vereinheitlichende Kraft von Bedeutung ist die Präsenz reiner sowjetischer militärischer Macht. ... Unsere Politik muß es sein, eine Evolution anzustreben, die die Beziehungen zwischen den Osteuropäern und der Sowjetunion organisch gestaltet..., so daß die sowjetisch-osteuropäischen Beziehungen nicht eines Tages explodieren und damit einen dritten Weltkrieg auslösen". Vor allem von seiten der Rumänen ist gegen diese Doktrin angekämpft worden. Wie die rumänische Zeitung "Scinteia" am 13.4. ausführt, versuche Sonnenfeldt, mit seiner Formel von den sogenannten "organischen Beziehungen" für einige Länder unpassende Aktionsprinzipien festzulegen. Er rate ihnen, in unterschiedlichem Maße ihre Unabhängigkeit aufzugeben, ihre staatliche Souveränität zu beschränken und ihre Beziehungen entsprechend der vom Imperialismus in internationalen Beziehungen praktizierten Formel zu organisieren.

Es gebe keineswegs eine Aufteilung der Welt zwischen den Großmächten und auch keine "natürliche Abgrenzung der Einzelsphären", der "Interessensphären" und der "geopolitischen Zonen".

China unterstützt diese Ausführungen. Rumänien werde immer bemüht sein, seine Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen und jegliche Interventionen von außen zu bekämpfen. Kein führender US-Diplomat dürfe sich zum Fürsprecher sowjetischer Hegemonie in Osteuropa machen (36).

Beispiel Nr. 3: Peking kritisiert Unternehmen Apollo-Sojus: Als "Duell im Weltraum" bezeichnete Hsinhua (37) das amerikanisch-sowjetische Weltraumunternehmen. Die beteiligten Mächte hätten lediglich die Absicht verfolgt, "die technischen Geheimnisse des anderen" zu lüften, um sich aufgrund neuer Erkenntnisse "die Vorherrschaft im Weltraum zu sichern". Der "250-Millionen-Dollar-Händedruck im Raum" sei zwar als "Ausdruck der Entspannung" gewertet, doch habe es beispielsweise Moskau lediglich darauf abgestellt, "seinen intensivierten Streit um die Vorherrschaft auf Erden mit der

seichten 'Entspannung im Weltraum' zu überdecken." Beide Mächte wetteiferten um die militärische Überlegenheit im Weltraum schon seit dem Start des ersten Satelliten. Seit der 1972 erfolgten Unterzeichnung des Abkommens über gemeinsame Raumflüge habe die Sowjetunion bereits über 250 sogenannte "Kosmos"-Satelliten gestartet, von denen die meisten militärischen Zwecken dienten. "Die Sowjetunion, die lange Zeit in der Weltraumtechnologie eine unterlegene Position einnahm, versuchte, technische Geheimnisse der USA beim Flug zu erlangen, um auf diesem Gebiet die Überlegenheit zu gewinnen. Auch die USA wollten sowjetische technische Geheimnisse erlangen, um ihre eigene Überlegenheit aufrechtzuerhalten". Die Sowjetunion habe hierbei alle möglichen Spionagemittel, vor allem "Wanzen", benutzt.

Hsinhua sieht in dem Raumunternehmen also nichts anderes als einen Spionagewettstreit, der typisch ist für den Streit der beiden Supermächte um die weltweite Hegemonie.

Das sowjetisch-amerikanische Verhältnis könnte zum Hauptproblem zwischen Peking und Washington werden, wenn die USA eine wirklich substantielle "unheilige Allianz" mit der UdSSR eingehen. Davon aber kann - auch aus der Sicht Pekings - in absehbarer Zeit keine Rede sein.

IV. FORMEN DER ZUSAMMENARBEIT

1. Halboffizielle Zusammenarbeit: Die beiderseitigen "Verbindungsbüros"

Bei Kissingers fünftem Chinabesuch im Februar 1973 wurde die Errichtung eines halboffiziellen Verbindungsbüros vereinbart (38). Washington hielt seine diplomatischen Beziehungen zu Taipei aufrecht und umging damit die peinliche "Anerkennungsfrage".

Am 26.6.1973 wurde das Verbindungsbüro in Peking eröffnet, dessen Arbeit sich zunächst gut anzulassen schien. Der Leiter des Verbindungsbüros der USA in China, Bruce, veranstaltete am 4.7.1973 sogleich in Peking einen Empfang anlässlich des Unabhängigkeitstages der USA. Daran nahmen Spitzenpolitiker wie der Stellvertretende Außenminister Chiao Kuan-hua, der Stellvertretende Außenhandelsminister Li Chiang, der Leiter der dem Staatsrat unterstehenden Kommission für Körperkultur, Wang Ming, und der Stellvertretende Präsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, Wu Yu-hsün, u.a. teil (39).

Insbesondere die Anwesenheit Chiao Kuan-huas, der damals als einer der wichtigsten Architekten der chinesischen Außenpolitik und der distinguiertesten "Offiziellen" galt, bewies, daß das Verbindungsbüro nicht nur als "volksdiplomatische" Organisation gewertet, sondern bereits "offiziell" eingestuft werden sollte.

Mit David Bruce hatte Nixon einen der ranghöchsten US-Diplomaten entsandt. Er war der einzige amerikanische Diplomat, der Botschafter seines Landes in den drei wichtigsten europäischen Hauptstädten - London, Paris und Bonn - gewesen und der im Laufe der Jahre zum Doyen der amerikanischen Diplomaten aufgerückt war.

Im Zweiten Weltkrieg zunächst Beauftragter des Roten Kreuzes in London, ließ Bruce sich dann vom Office of Strategic Services, dem Vorläufer der CIA,

anwerben. Nach dem Kriege war er kurze Zeit Abteilungsleiter im Handelsministerium, dann Chef der Auslandshilfemission in Europa und begann 1949 als Botschafter in Paris seine eigentliche diplomatische Laufbahn. 1957-1959 war er Botschafter in Bonn, 1961-1969 Botschafter in London und 1970-1971 amerikanischer Delegationsleiter bei den Vietnam-Verhandlungen in Paris.

Mit 75 Jahren war Bruce der am längsten im auswärtigen Dienst tätige Beamte des amerikanischen Foreign Service. Außerdem gehörte er zur gleichen Altersgruppe wie sein prominentester Gesprächspartner Chou En-lai, zu dieser Zeit gleichfalls 75 Jahre alt.

Obwohl die amerikanische Niederlassung nominell nur ein "Verbindungsbüro" war, sollte sie doch die meisten der in Peking akkreditierten 70 formellen Botschaften ausstechen, zumindest was zwei Kriterien angeht: nämlich Erfahrung des Missionschefs und Zugang zu den höchsten Spitzen der chinesischen Führung. Bruce ging zwar von der Erwartung aus, daß die eigentlich entscheidenden Akzente nach wie vor vom amerikanischen Präsidenten über seinen Berater Kissinger gesetzt würden. Größere Bedeutung als dem amerikanischen Mittelsmann in Peking werde wohl auch dem chinesischen Botschafter in Paris, Huang Chen, zukommen (40).

Im übrigen aber glaubte er, alle Funktionen eines Botschafters auszuüben, u.a. also auch bei den formellen Staatsbanketten in der Großen Halle des Volkes stets dabei zu sein. Als Bruce auf seine Funktionen angesprochen wurde, meinte er, er erwarte von seiner Rolle "to do a little of everything". Das Verbindungsbüro werde sämtliche diplomatischen Aktivitäten wahrnehmen, einschließlich der politischen Berichterstattung sowie der Entwicklung von Handels- und Kulturbeziehungen. In der Zwischenzeit wurde dem Verbindungsbüro sogar gestattet, die amerikanische Flagge aufzuziehen. Das Gebäude des Büros war exterritorial wie das anderer Botschaften. Auch sechs Marinesoldaten durften anfangs in Uniform die Botschaft bewachen. Die Mission war also nur dem Namen nach keine Botschaft.

Angesichts dieser Zwitterstellung war der Titel des neuen "Botschafters" nach wie vor ungewiß. In der englischsprachigen NCNA galt Bruce als "Chief of the Mission", von chinesischen Offiziellen wurde er als "Chu-jen" (Direktor) bezeichnet.

Am 18. Mai bereits traf David Bruce mit Ministerpräsident Chou En-lai zusammen und führte mit ihm ein längeres Gespräch. Anwesend waren u.a. Vizeaußenminister Chiao Kuan-hua und der Leiter des Verbindungsbüros der VRCh in den USA, Huang Chen (40a).

Den Amerikanern wurden noch weitere Freiheiten zugestanden, an die die rund 250 Mann Personal zählende Botschaft gar nicht denken durfte. Da die Chinesen alle Arbeitskräfte aus der sowjetischen Botschaft zurückgezogen hatten (Angst vor Kollaboration?), waren die Sowjets gezwungen, vom Küchenpersonal bis zu den Taxichauffeuren sämtliches Personal aus dem eigenen Lande mitzubringen. Im Gegensatz dazu konnte die amerikanische Mission ohne Schwierigkeiten chinesisches Personal anfordern.

Auch die Nixon-Administration bemühte sich, der chinesischen Vertretung in Washington sämtliche Rechte und Privilegien einer Botschaft zuzugestehen.

Im April 1974 unterzeichnete Nixon einen Erlaß, der den Angehörigen des Verbindungsbüros der Volks-

republik China in Washington diplomatische Immunität gewährte. Der Erlaß trat rückwirkend zum 20. April 1973 in Kraft. Die elfmonatige Verzögerung der Unterzeichnung begründeten Beamte des Weißen Hauses damit, daß die Formulierungen vorher mit dem Außenministerium und anderen Behörden hätten abgesprochen werden müssen.

Nach einer Periode der Euphorie, die dem amerikanischen Präsidentenbesuch in Peking folgte, kehrte der graue Alltag ein. Lief die Einrichtung für das amerikanische Verbindungsbüro noch "wie geschmiert" (Grund dafür waren Befehle "ganz von oben"), so ging jetzt alles schön der Reihe nach: Die Bürokraten hatten die Sache in die Hand genommen.

Im Januar 1974 verließ Bruce, der sich offensichtlich von den Chinesen "versetzt" fühlte, Peking, um die westeuropäischen Metropolen zu besuchen und dort im Auftrage Kissingers als "Berater für Atlantische Fragen" zu wirken. Nach Konsultationen in London und Paris kehrte er erst am 22. März wieder nach Peking zurück. Seine Rückkehr erfolgte etwa zur gleichen Zeit wie die Ankündigung, daß auch der Leiter der chinesischen Verbindungsmission in Peking, Huang Chen, der im November 1973 Washington verlassen hatte, in Bälde wieder auf seinen Posten zurückkehren werde. Für die lange Abwesenheit Huang Chens gab es keine offizielle Erklärung, doch scheint sie weniger von außenpolitischen Erklärungen motiviert gewesen zu sein als vielmehr von der Tatsache, daß Huang Chen als ZK-Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas in Peking dringend benötigt wurde. Nachdem das Gewitter der innenpolitischen Auseinandersetzung sich langsam zu verzieren begann, wurde Huang wieder für Washington frei.

Weitere "kleine Schritte" der Verdüsterung:

- Im Februar 1974 mußte der Leiter der politischen Abteilung des amerikanischen Verbindungsbüros in Peking, Nicholas Platt, die VRCh verlassen, weil er bei einem Autounfall den Tod eines Mädchens verschuldet hatte. Von den chinesischen Behörden wurde zwar keine Untersuchung über die Schuldfrage an dem Unfall eingeleitet; der amerikanischen Mission in Peking wurde jedoch mitgeteilt, daß jeder Diplomat, der in einen Unfall mit tödlichem Ausgang verwickelt sei, mit seiner Ausweisung rechnen müsse.

- Im Juni 1974 mußten die fünf amerikanischen Marineinfanteristen, die bisher die Verbindungsmission ihres Landes in Peking bewacht hatten, China verlassen. Die amtliche Begründung lautete: Die Marinesoldaten seien die einzige erkennbare ausländische militärische Einheit in der Volksrepublik.

In der Vereinbarung über die Errichtung von Verbindungsmissionen hatten die chinesischen Behörden zunächst der Verwendung dieser aktiven Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte zugestimmt. Es ist seit langem Tradition, daß die Marines die diplomatischen Vertretungen der USA im Ausland bewachen. In Peking trugen die Soldaten nur einmal Uniform, als vor dem Gebäude der Mission zum erstenmal das Sternenbanner gehißt wurde.

Die fünf Soldaten sollten von nun an durch Zivilisten ersetzt werden.

Die Gründe: Einige Beobachter sprachen von einer Verschlechterung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen (41); andere meinten, die fünf Soldaten hätten einen überaktiven und dem Alkohol allzu verbundenen Klub für junge Leute auf die Beine gestellt, der in der puritanischen Hauptstadt Peking soviel Aufsehen und Lärm erregt habe, daß er schließlich geschlossen werden mußte (42).

- Vor allem aber war es der Abschied David Bruce's von Peking, der den Wandel deutlich machte. Sein Weggang im Oktober 1974 war nicht nur aus Altersgründen erfolgt, sondern er schien auch deshalb zweckmäßig, weil die Voraussetzungen, unter denen er 1973 sein Amt als De-facto-Botschafter angetreten hatte, nicht erfüllt worden waren. Die Regierung Nixon hatte damals gehofft, daß der mit Ministerpräsident Chou En-lai gleichaltrige "Schattenbotschafter" im chinesischen Staatsrat jederzeit offene Türen vorfände. Diese Rechnung, die noch ganz im Zeichen der amerikanischen China-Euphorie aufgestellt worden war, ging jedoch nicht auf.

Im übrigen war es kein Geheimnis, daß Peking, wenn es wirklich das schnelle Gespräch mit Washington wünschte, seinen UNO-Botschafter Huang Chen einschaltete und nicht den langen Dienstweg über David Bruce wählte. Schon zu Beginn des Jahres 1974 war Bruce monatelang von seinem Posten ferngeblieben und hatte sich als Sonderberater in NATO-Fragen in Europa und in den USA betätigt. Als er schließlich auf seinen Posten zurückkehrte, hatte er das Pech, daß Chou En-lai seinen ersten Herzanfall erlitt und seitdem nur noch wenig Gelegenheit für Gespräche mit Ausländern hatte. Nachfolger von Bruce wurde George Bush. Eine gewisse Ironie lag in diesem Geschehen insofern, als es gerade George Bush war, der im Herbst 1972 das letzte offizielle Gefecht der USA gegen die Aufnahme der VR China in die Weltorganisation führte. Im Zusammenhang mit den neu erschienenen Kissinger-Memoiren ("Henry Kissinger Superstar") ist jedoch deutlich geworden, daß die amerikanische und die chinesische Führung sich damals darauf geeinigt hätten, ein bewußt provozierend deutliches Spiel zu spielen, bei dem Kissinger einerseits seinen in aller Welt beachteten Antrittsbesuch in Peking durchführte, während man andererseits sich entrüstet gegen die Aufnahme der VR China in die UNO stemmte. Diese auffallende Diskrepanz zwischen Worten und Taten sollte einerseits das amerikanische Gesicht retten (man wollte nicht dabei sein, wenn Taiwan aus der Weltorganisation ausgestoßen wurde), zum anderen aber aller Welt deutlich machen, daß die USA nichts dagegen hätten, wenn andere Länder für die Aufnahme der Volksrepublik in die UNO stimmten. Washington dachte zu dieser Zeit immer noch nicht ernsthaft an offizielle Beziehungen. Bei einer Diskussion mit Kongreßabgeordneten über die Frage, warum sich die Einrichtung diplomatischer Beziehungen mit China so lange hinausögere, meinte Kissinger z.B. im September 1975, daß China eigentlich von recht geringem Wert für die USA sei. Er wies darauf hin, daß China in entscheidenden Schlüsselgebieten, wie Mittelost und Europa, kaum Einfluß habe und daß es ihm nicht einmal gelungen sei, eine deutlich spürbare Führung über die Länder der Dritten Welt zu übernehmen. Auch verfüge China nur über geringe militärische Schlagkraft, sehe man einmal von kleineren Operationen, wie von der Besetzung der Paracel-Inseln, ab. Ebenso erweise sich die vielzitierte chinesische Raketenstreitmacht wegen des verwendeten Flüssigtreibstoffes als äußerst anfällig.

Der Titel der "Briefing Papers", in dem diese Ansichten niedergelegt waren, lautete "What can China do for us?" (43).

Bush machte nach seiner Ernennung zum Chef des CIA im Jahre 1976 dem 71jährigen Diplomaten

Thomas Gates, dem ehemaligen Verteidigungsminister in der Eisenhower-Regierung, Platz. Gates kehrte nach einjährigem Aufenthalt am 8. Mai endgültig nach Washington zurück. Neuer Leiter des Verbindungsbüros ist inzwischen der Vorsitzende der amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft, Leonard Woodcock.

2. Chinesische Volksdiplomatie gegenüber den USA

"Volksdiplomatie" ist die eigentliche Triumpfkarte der chinesischen Außenpolitik gegenüber den USA.

Schon der erste Besuch Kissingers und die Visite Richard Nixons waren durch "Ping-pong-Diplomatie" eingeleitet d. h., US-Tischtennispieler waren im Anschluß an die Tischtennis-Weltmeisterschaft im japanischen Nagoya so demonstrativ nach China eingeladen und bewirtet worden, daß die amerikanische Regierung den Wink nicht übersehen konnte.

Schon vorher freilich war Washington mit Peking heimlich in Verbindung getreten.

Die volksdiplomatischen Verbindungen haben inzwischen einen weiten Fächer von Varianten eröffnet, wie folgende Beispiele zeigen sollen:

a) Wissenschaftleraustausch: Am 20. November 1972 bereits traf z. B. eine chinesische Wissenschaftler-Delegation zu einem Freundschaftsbesuch in den Vereinigten Staaten ein. Der Besuch erfolgte auf Einladung des Ausschusses amerikanischer Gelehrter für Verbindungen mit der VRCh und des Verbandes Amerikanischer Wissenschaftler. Während ihres Aufenthaltes in den USA die chinesische Delegation Washington, Stoney Brook, New York, Boston, Chicago und San Francisco und besichtigten zahlreiche Universitäten, Laboratorien und andere Forschungszentren. besichtigt. Das Ergebnis dieses Besuches habe, wie Hsinhua (44) hervorhebt, darin bestanden, "die Freundschaft zwischen den Wissenschaftlern beider Länder zu erneuern und zu verstärken und das gegenseitige Verständnis zwischen den Völkern der USA und Chinas zu fördern. Hier zeigt sich ein typischer Fall von Volksdiplomatie.

Umgekehrt hatte bereits eine Delegation amerikanischer Chinawissenschaftler der VR Ch einen Besuch abgestattet. Am 13.12. hatte Chou P'ei-yüan, Vizepräsident des Volksinstituts für ausländische Angelegenheiten, ein Bankett in Peking für sie gegeben.

Der Austausch von Wissenschaftsdelegationen zwischen China und den USA hatte bereits nach dem Nixon-Besuch vom Februar 1972 begonnen. Die bisher höchste Wissenschaftsdelegation traf jedoch erst Ende September 1975 in den USA ein, um einen ganzen Monat lang bei den verschiedensten Institutionen vorzusprechen. Die Delegation stand unter der Leitung des 73jährigen Chou P'ei-yüan, der früher einmal in den USA Physik studiert hatte. Mitglieder waren weitere ehemalige USA-Studierende. U. a. sprach die Delegation am 27. September mit Präsident Ford und Außenminister Kissinger, womit der politische Charakter der Visite manifest wurde. Volksdiplomatie und offizielle Diplomatie greifen hier also eng ineinander.

b) Zu den "ersten Schwalben" gehören auch Ärzte-Delegationen. Im Oktober 1972 wurde eine Delegation von zehn chinesischen Ärzten von Präsident Nixon im Weißen Haus empfangen - das erste Ärzte-Team in den USA seit über zwanzig Jahren. Delegationschef Wu Wei-jan hatte seinerzeit J.B. Reston von der "New York Times" in Peking operiert. Auf der dreiwöchigen Informationsreise besuchten die

chinesischen Ärzte das Nationale Krebsforschungsinstitut in Bethesda, Maryland, und nahmen an Herzoperationen am Montefiore-Krankenhaus in New York teil. (45)

c) Journalisten-Besuch

Bereits Anfang September 1972 konnte eine Hsinhua-Delegation erstmals aus eigenem Augenschein über die Vereinigten Staaten berichten. In Begleitung des "New York Times"-Korrespondenten Fox Butterfield reisten die Journalisten Chang Hai-tao, Tsien Szuchieh und Yeh Chih-hsiung 13.000 Meilen mit dem Wagen durch elf Staaten von New York nach Wisconsin. Die "Hsinhua"-Korrespondenten waren bereits seit Anfang des Jahres der chinesischen US-Mission in New York zugeordnet, wo sie sich jedoch nach den Bestimmungen des amerikanischen Außenministeriums nur im Stadtbezirk frei bewegen können, soweit keine schriftliche Reisegenehmigung vorliegt. (46)

d) Touristen

Anfang 1974 verlautete von seiten des US-Außenministeriums, daß bisher 6/8.000 US-Besucher in China gewesen seien, unter ihnen wenigstens 50 bis 60 Prozent amerikanischer Chinesen. Vom National Committee of United States China Relations verlautete, die Zahlen seien wahrscheinlich den siebzig Prozent näher. Damit seien alle Reisen seit 1971 gemeint, als der Reigen mit dem Besuch einer amerikanischen Ping-Pong-Gruppe eröffnet worden war. Einen ersten Versuch für Kurzzeit-Tourismus hat die Volksrepublik zugelassen. Ende Februar 1974 machte das französische Linienschiff "France" in Hong Kong fest, Startpunkt für einen Abstecher nach Kanton. 300 Amerikaner und 200 europäische Passagiere des Schiffes konnten drei Tage lang chinesische Kommunen, Schulen und eine Fabrik besuchen. Diese Tour, die vor Monaten in Paris arrangiert worden war, umfaßte die bei weitem größte Gruppe amerikanischer Touristen, die jemals nach 1949 aufs Festland gelangt waren. (47)

e) Bücherausleihe zwischen USA und China

Zwischen der Nationalbibliothek in Peking, die mit sieben Millionen Bänden eine der größten Bibliotheken der Welt ist, und der Bibliothek der State University of New York begann 1973 der Austausch von Büchern im großen Stile, wie er von Präsident Nixon während seiner Februar-Reise von 1972 vereinbart worden war. Die ersten Bücher aus China waren allerdings "meist Propaganda", wie ein amerikanischer Bibliothekar versicherte. (48)

f) Einwanderungen, die sich allerdings - ganz im Gegensatz zu Kanada - nicht immer auf direktem Wege vollzogen. Seit 1966 sind etwa 120 000 Personen mit chinesischer Staatsangehörigkeit offiziell in die USA eingewandert.

Chinesen stehen damit an dritter Stelle hinter Mexikanern und Italienern. Die China-Towns in San Francisco haben sich in derselben Zeit etwa verdoppelt. Die größte Anziehung übt New York aus, wo über 24 Prozent aller Einwanderer hinreisen (San Francisco und Chicago nur 8 bzw. 4 Prozent). Da die amerikanischen Einwanderungsbestimmungen relativ streng sind (es wird entweder direkte Verwandtschaft oder aber eine Arbeitserlaubnis vom Department of Labour vorausgesetzt), betritt eine große Zahl von Chinesen illegal amerikanischen Boden. Viele von ihnen kommen als Seeleute aus Hong Kong. Von 6 123 abzuschließenden Chinesen bei-

spielsweise, die 1972 identifiziert werden konnten, waren 4 692 aus dem großen Reservoir der Schiffsbesatzungen gekommen.

Die meisten wandern nicht direkt aus Hong Kong oder aus Taiwan ein, sondern sind Flüchtlinge, die via Hong Kong aus der VR Ch ins Ausland gelangt sind (49). Immerhin haben die britischen Behörden in Hong Kong allein im Jahre 1972 nicht weniger als 5 800 Flüchtlinge in Hong Kong identifizieren können. (50)

g) Zu den "volksdiplomatischen" Beziehungen gehört auch die Entsendung von Familienangehörigen amerikanischer Präsidenten.

Julie Nixon Eisenhower, die Tochter des früheren US-Präsidenten Nixon, und ihr Mann, David Eisenhower, wurden in der VR China während ihres einwöchigen Besuches wie Staatsgäste behandelt. Der Stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates, Teng Hsiao-p'ing, gab für sie ein Essen (51). Schließlich wurden sie sogar von Mao Tse-tung persönlich zu einer Audienz empfangen. Zwei Pekinger Tageszeitungen druckten die Nachrichten von diesem Ereignis an hervorragender Stelle ab. Die Begegnung mit dem Vorsitzenden war von vornherein fest ins Programm der Besucher eingeplant worden, während US-Präsident Gerald Ford erst nach seiner Ankunft in Peking erfuhr, daß der Vorsitzende ihn empfangen werde.

Mao bat seine Besucher, den ehemaligen Präsidenten Nixon zu grüßen und ihn wissen zu lassen, daß er zu einem neuen Besuch in China willkommen sei. Die Watergate-Affäre hatte dem ehemaligen Präsidenten, der sich als Eisbrecher in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen erwiesen hat, nicht geschadet.

Im April 1977 sandte Präsident Carter seinen Sohn, James Earl Carter, mit einer Kongress-Delegation nach Peking. Dies wurde als erster direkter Kontakt zwischen dem Weißen Haus und der chinesischen Führung gewertet.

h) Ausstellungen

Dabei kam es einmal allerdings zu Zwischenfällen. Die große Chinesische Archäologische Ausstellung, die bereits in Paris und London gewesen war, war auch in die National Gallery of Art in Washington überführt worden. Am 10. Dezember 1974 hatte die Galerie die Presse zu einer Vorschau eingeladen. Diese mußte aber in letzter Minute abgesagt werden, weil die Chinesen die Journalisten aus Taiwan, Südkorea, Südvietnam, Südafrika und Israel nicht zulassen wollten. Die Museumsdirektion wollte diese Diskriminierung nicht akzeptieren und sagte die Veranstaltung ab. (52).

Die Nationalchinesen, Südkoreaner, Israelis und Südafrikaner hatten später jedoch Gelegenheit, nach der offiziellen Eröffnung als Privatgäste die Ausstellungsstücke zu besichtigen. Pessimisten machten geltend, einem weiteren Kulturaustausch stünden vor allem vier Hindernisse im Wege:

1. Ein völliges chinesisches Desinteresse an anderen Ländern.
2. Ein im Gefolge der Kulturrevolution bemerkbarer Mangel an Dolmetschern.
3. Die chinesische Methode der Planung, die auf behutsames und schrittweises Vorgehen bedacht ist, und
4. nicht zuletzt auch eine Haltung gegenüber Ausländern, die auf der Einstellung beruht: Wenn du nicht für uns bist, bist du gegen uns! (53)

i) Weiteren Sand im Getriebe der Volksdiplomatie gab es auch beim Gastspiel einer chinesischen Gesangsgruppe.

Das amerikanische State Department untersagte eine durch weite Gebiete der USA geplante Tour dieser chinesischen Gruppe, weil sie darauf bestand, in ihrem Programm auch ein Lied über die Befreiung von Taiwan einzufügen (54). Die amerikanische Entscheidung war u. a. von der Überlegung ausgegangen, endlich einmal eine feste Linie anzunehmen. Mit Mißmut hatte man im State Department u. a. Berichte über zahlreiche Restriktionen entgegengenommen, die u. a. amerikanischen Forschern und Wissenschaftlern während ihrer China-Reise auferlegt worden waren. Auch befürchtete man in Washington, daß die Chinesen in so peinlichen Fragen wie Südostasien, Portugal und Mittelost bald ähnliche Verhaltensformen annehmen könnten wie jetzt in der Taiwan-Frage. Die harte Haltung, wie sie in der nun gefällten Entscheidung zum Ausdruck kam, sollte hier sozusagen einen Strich ziehen, der besagte: "Bis hierher und nicht weiter" (55). Dagegen die Chinesen: "Prinzipien werden nicht verschachert". (56).

j) Bisweilen erhielt die Volksdiplomatie einen teils makabren, teils erheiternden Anstrich.

Am 15. Dezember 1975 etwa gab die VR China die Asche von zwei während des Vietnam-Krieges über China abgeschossenen Piloten der Amerikanischen Luftwaffe frei. Die Urnen wurden an der Grenze zu Hong Kong einem amerikanischen Vertreter des Roten Kreuzes übergeben. Es handelte sich um die Besatzungen zweier Flugzeuge, die am 21. August 1967 über der Kuangsi-Provinz abgeschossen worden seien (57).

Im Februar 1976 schließlich kam der ehemalige Präsident Nixon zum zweitenmal nach Peking: Nicht ein "Kuß für Nixon", sondern eine "Ohrfeige für Ford", und zwar zum vierten Jahrestag der Aufnahme politischer Beziehungen zwischen China und den USA (21. Februar 1972). In der Meldung der Hsinhua (58) hieß es dazu, sowohl die chinesische Seite als auch Nixon hielten den Besuch des ehemaligen Präsidenten zum Jahrestag des Schanghai-Kommuniqués "für angemessen".

Mit der Einladung war einesteils ein Zeichen dafür gegeben, wie sehr die Chinesen alte Freunde zu schätzen wissen, gleichzeitig aber stellte sie der Administration Ford ein Negativzeugnis aus. In Peking hatten vor allem die Versuche Fords und Kissingers, mit den Sowjets immer wieder in Gespräche einzutreten, Mißbilligung erfahren. Zugleich wurde durch die Einladung, die offensichtlich auf Mao Tse-tung persönlich zurückging, das Interesse Chinas an einer Fortsetzung der amerikanisch-chinesischen Entspannungspolitik bezeugt.

"Der historische Besuch Präsident Richard Nixons und seiner Gattin in China sowie die Veröffentlichung des Gemeinsamen Chinesisch-Amerikanischen Kommuniqués im Jahre 1972 haben eine bedeutende Rolle bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen China und den USA gespielt. Die chinesische Seite und der frühere Präsident der USA, Richard Nixon, erachten es für angebracht, daß er China erneut besucht. Die Regierung der VR China hat eine Einladung an Nixon und seine Gattin gerichtet, China am 21. Februar 1976, dem 4. Jahrestag ihres ersten Besuches, eine weitere Visite abzustatten. Die Einladung ist mit Genugtuung angenommen worden." (59)

Aus chinesischer Sicht war Nixon der Mann, der das Eis zwischen China und den USA gebrochen hat. Die Watergate-Affäre wurde in China so gut wie nicht zur Kenntnis genommen. Einige chinesische Staatsmänner äußerten sich ausländischen Besuchern gegenüber sogar erstaunt über das Aufheben, das die USA um die Affäre gemacht hatten.

Mao Tse-tung hatte schon mehrere Male, zuerst gegenüber Edgar Snow und zuletzt gegenüber David und Julie Eisenhower-Nixon, die Bereitschaft geäußert, Nixon als Gast zu empfangen. Offensichtlich sollte die Einladung dem damaligen Präsidenten Ford "durch die Blume" zu verstehen geben, daß China mit der amerikanischen Außenpolitik, vor allem mit der amerikanisch-sowjetischen Annäherung, und mit der weiterhin aufrechterhaltenen amerikanischen Taiwan-Politik, unzufrieden.

Die Reise Nixons nach China erfolgte zu einem wahlpolitisch kritischen Zeitpunkt. Der ehemalige Präsident trat gleichsam am Vorabend der Wahlen grell ins Rampenlicht der von der amerikanischen Öffentlichkeit vielbeachteten chinesischen Bühne.

Obwohl die amerikanische Regierung versichert hatte, daß Nixon nur als "Privatbesucher" nach China gefahren sei, gaben die Chinesen diesem Ereignis doch einen offiziellen Anstrich. Sie holten den ehemaligen amerikanischen Präsidenten mit einem Staatsflugzeug in den USA ab. Nixon war wie ein Staatsoberhaupt begleitet von einer Schar von Reportern und von einem "Mitarbeiterstab" von achtzehn Personen. Nixon fuhr mit Staatswappen an der Limousine durch Pekings Straßen. Dreimal wurde er von Ministerpräsident Hua Kuo-feng empfangen, und am 23. Februar gab sogar Mao-Tse-tung ihm die Ehre eines persönlichen Gesprächs (60). Der "Vorsitzende" bat seinen Gast, dem amerikanischen Präsidenten Ford Grüße auszurichten (61), eine Geste, die von den meisten Beobachtern wohl eher als Ausdruck der Ironie denn der Herzlichkeit empfunden wurde. Auch die Tatsache, daß sich Mao nicht weniger als eineinhalb Stunden mit dem Gast unterhielt, war weniger eine Wertschätzungsbezeugung für den anwesenden als ein mißbilligender Hinweis auf den abwesenden Präsidenten. Letztlich waren all diese Ehrungen nicht für Nixon selbst gedacht, sondern hatten den weitesten Adressatenkreis in den USA im Auge. Nixon besuchte auch die Ch-inghua-Universität, wo gerade umfangreiche Wandzeitungskampagnen gegen Teng Hsiao-p'ing auf Hochtouren liefen und lernte schließlich noch das Pekinger Luftschutztunnel-System kennen. Der Nixon-Besuch in Peking endete mit einem großen Abendessen als Gegeneinladung für die chinesischen Gastgeber, die dafür wieder die "Große Halle des Volkes" zur Verfügung gestellt hatten. Auf der Einladungskarte stand: "Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten bittet ..." (62).

In Peking ging Nixon "unter das Volk" und schüttelte in seinem "alten Kampagnenstil" jedermann die Hand.

U. a. hörte sich Nixon auch ohne jeden Widerspruch ein Lied an, in dem die Entschlossenheit bekundet wurde, die "Brüder in Taiwan zu befreien". Wegen dieses Liedes war noch im Jahre 1975 die Rundreise einer chinesischen Künstlertruppe in den USA von seiten Washingtons abgesagt worden (63)

Einige Kommentare zur Reise:

Die Pariser Zeitung "Aurore": "Die Chinesen wollten klarmachen, daß Nixon den spektakulären Aufstieg der UdSSR, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, nicht zugelassen hätte. Mit anderen Worten, die Undankbarkeit und die Ungerechtigkeit

der Amerikaner Nixon gegenüber ist für ihre Niederlage, die ebenso sowjetische Siege sind, verantwortlich."

"Es ist kein Zufall, daß der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten von Mao in einem Augenblick empfangen wird, wo Gerald Ford sich zum erstenmal und mit einer legitimen Ängstlichkeit den Vorwahlen in New Hampshire stellt und wo Leonid Breschnew, sicher seiner Macht und stolz auf seinen Erfolg, auf die Tribüne des 25. Kongresses der Sowjetischen Kommunistischen Partei steigt." Im Gegensatz zu einer solchen Aussage hätten die Chinesen bei ihrer Einladung ausdrücklich betont, daß sie den ehemaligen Präsidenten anlässlich des IV. Jahrestages der Unterzeichnung des Scharghaier Kommuniqués eingeladen hätten.

Der Berner Bund meinte, daß die Einladung nicht gegen Ford und Kissinger gerichtet, sondern als Warnung zu verstehen gewesen sei, "die auf die gewaltige sowjetische Rüstung hinweist und im chinesischen Interesse Washington und Moskau trennen soll."

Die IHT schließlich kommentierte den Besuch mit der Überschrift (25.2.1976): "A man without shame".

Der Republikanische Goldwater erklärte in der Öffentlichkeit, daß Expräsident Nixon mit seinem Auftritt in Peking gegen den mehr als hundert Jahre alten Logan-Act verstoßen habe, der bestimme, daß nur der Präsident und der Außenminister befugt seien, Außenpolitik zu treiben. "Nixons Besuch in China führt zu nichts, und wenn er Amerika einen Gefallen tun will, dann sollte er am besten gleich dort bleiben." (64)

Von welchen volksdiplomatisch eingefärbten Überlegungen China ausging, als es Nixon zum erstenmal einlud, wurde deutlich im Zusammenhang mit zufällig in den Westen gelangten Schulungslektionen, die die Militärregion Kunming im Zusammenhang mit dem Kissingerbesuch zugewiesen erhielt. (65)

Am verständlichsten wird die Argumentation, wenn man von der am Ende der "Materialien zum Lageunterricht Nr.43" angefügten Prüfungsfrage ausgeht, die folgenden Wortlaut hat: "Erläutern Sie, was Sie von den geistigen Grundlagen der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao verstanden haben, indem Sie Ideologie und Praxis miteinander verbinden" (gemeint ist hier: anhand der Praxis der Kontaktaufnahme mit den USA!).

Die Antworten auf diese Frage stehen im Text des Lehrganges Nr.43. Danach waren es zwei ideologische Gründe, die für die Einladung des amerikanischen Präsidenten nach China maßgebend waren.

Erstens habe man nicht den Präsidenten, sondern das amerikanische Volk als Hauptziel der diplomatischen Bemühungen angesehen.

Zweitens sei es darum gegangen, die Gegensätze zwischen den Feinden auszunutzen. Das taktische Denken des Vorsitzenden Mao verlange, daß man "die Widersprüche ausnutzt, die Mehrheit für sich gewinnt, sich gegen die Minderheit stemmt und einen nach dem anderen vernichtet."

Zu 1:

Wenn das Volk als Hauptziel der diplomatischen Bemühungen angesehen worden sei, warum habe man dann ausgerechnet Nixon eingeladen?

Diese Frage sei vom Vorsitzenden bereits gegenüber Edgar Snow deutlich beantwortet worden:

Das Volk der Vereinigten Staaten - die Linken,

die mittleren Elemente, die Rechten - alle müssen kommen können. ... Beim Suchen nach einer Lösung von Problemen können die mittleren Elemente und die Linken nichts tun. Man muß die Probleme vorläufig mit Nixon regeln."

Nixon sei ein Mann des Übergangs - damals stand Watergate noch nicht zur Diskussion! Spreche man nicht mit ihm, könne man nicht ins Geschäft kommen. Man habe dann auch nicht die Möglichkeit, auf die Vereinigten Staaten Einfluß zu gewinnen, geschweige denn, in der Arbeit mit dem Volk und in der Verbreitung des Marxismus- Leninismus voranzukommen.

Nach dem Besuch Nixons seien in der Tat die Schleusen zum amerikanischen Volk geöffnet worden, die zwanzig Jahre lang geschlossen waren. Der siebentägige Besuch Nixons wurde durch den Einsatz von Übertragungssatelliten auf der ganzen Welt bekanntgemacht. Eigentlich wollte Nixon ja Propaganda für sich selbst treiben, habe aber letzten Endes alles Wasser auf die Mühlen Chinas geleitet. Nie seien so viele positive Artikel über China veröffentlicht worden. Buchläden und Bibliotheken seien aus dem Boden geschossen, das Chinesisch-Studium habe zugenommen, und die Delegationen hätten sich die Klinke in die Hand gegeben.

Zu 2: Ausnutzung von Gegensätzen

Durch die Einladung an Nixon sei es ferner gelungen, die Gegensätze im Lager der Feinde auszunutzen, vor allem zwischen den USA und der Sowjetunion sowie zwischen den USA und der "Chiang-Bande".

a) Was die "Ausnutzung" der Spannungen zwischen Washington und Moskau anbelangt, so ist man in Peking realistischerweise davon ausgegangen, daß die Einladung an Nixon der Moskauer Führung Kopfzerbrechen bereiten würde. Unter anderem habe man in Moskau versucht, "den US-Imperialismus in den Sumpf Asiens (Vietnam!) zu stürzen, so daß ihm dort die Hände gebunden wären, und er nicht weiter Kräfte nach Europa, in den Mittleren Osten und andere Gebiete schicken könnte, um mit dem Sowjetrevisionismus dort zu rivalisieren"... "Wir benutzten die Friedensgespräche als Mittel, den US-Imperialismus, der zur Zeit im Innern und im Ausland überall auf Schwierigkeiten stößt, zu zwingen, seine Truppen aus Indochina, Taiwan und der Taiwan-Straße zurückzuziehen, eine friedliche Regelung der Taiwan-Indochina- und Vietnam-Frage zu fördern und die Spannungen in Asien und anderen Teilen der Welt abzubauen" (Zur Zeit des Besuches Nixons in Peking war der Vietnam-Krieg ja noch in vollem Gange. Der Rückzug der USA begann erst mit der Unterzeichnung des Vietnam-Waffenstillstandsabkommens vom 27. Januar 1973).

b) Die Einladung habe aber auch den amerikanisch-taiwanesischen Beziehungen einen vernichtenden Schlag erteilt und zur "allmählichen Entfremdung zwischen den USA und der Chiang-Bande" geführt. Für die Befreiung Taiwans gebe es zwei Möglichkeiten, nämlich das Vorgehen auf friedlichem Wege oder die Befreiung durch Waffengewalt. Seit der US-Imperialismus damit begonnen habe, seine Kräfte aus Taiwan und der Straße von Taiwan zurückzuziehen, hätten sich die Aussichten auf eine friedliche Wiedervereinigungslösung verbessert.

Diese Ausführungen lassen erkennen, daß die Verhinderung einer sowjetisch-amerikanischen "unheiligen Allianz", die Verbesserung des Images der chinesischen Führung im Ausland und die Entfremdung zwischen Taipei und Washington die Hauptmo-

tive für die Einladung Nixons nach Peking waren. Die Ziele 1 und 3 sind - kurzfristig jedenfalls - nicht erreicht worden. Die Nixon-Administration hat weiterhin mit Moskau intensive Kontakte gepflegt, vor allem in Form der SALT-Verhandlungen und der Gespräche über MBFR. In der Erkenntnis ferner, daß zwischen die amerikanisch-taiwanesischen Beziehungen vorerst kein entscheidender Keil getrieben werden konnte, hatte die chinesische Regierung schließlich sogar in den recht ungewöhnlichen Vorschlag eingewilligt, auf formelle diplomatische Beziehungen mit den USA vorerst zu verzichten und statt dessen nur eine technische "Verbindungsmission" zu errichten, während die Botschaft der Chiang-Kai-shek-Regierung in Washington nach wie vor offiziell für die "Republik China" präsent blieb.

Der größte Erfolg, der in seiner Tragweite richtig eingeschätzt worden war, ist die Aufbesserung des China-Bildes in einer Weise, wie sie beispielsweise am Ende der Kulturrevolution im Jahre 1969 noch undenkbar gewesen wäre.

3. Handelsbeziehungen

Erst 1971 war das 21jährige Handelsembargo, das Washington über China verhängt hatte, langsam zu Ende gegangen. Insgesamt hatte der amerikanisch-chinesische Handel, der über Drittländer lief, 1971 z. B. nur 5 Mio. US-Dollar ausgemacht. Nach dem Besuch des amerikanischen Präsidenten in Peking folgte dann auch der Große Sprung im Handelsaustausch. Die USA entwickelten sich bereits im Jahre

1972 zum zehntgrößten Handelspartner der VR China, obwohl sie gerade neu "in das Geschäft eingestiegen" waren. Die Handelsbilanz fiel positiv für die amerikanischen Geschäftsleute aus (Ausfuhren: 60,20 Mio. US-Dollar, Einfuhren: 32,32 Mio. US-Dollar). Wichtigste Exportposten (in 1000 US-Dollar) der USA waren:
Weizen (33.000)
Mais (23.000)
Sojabohnen-Öl (2.000)
Fernmeldeausrüstungen (1.700) und Elektroenergieausrüstung (217).

Einfuhren:
Lebensmittel (4.200)
Rohstoffe (12.000)
Textilprodukte (4.000)
Chemikalien (2.000)
Handwerk und Kunstgewerbe (3.500)

Chinas Außenhandel nach Regionen

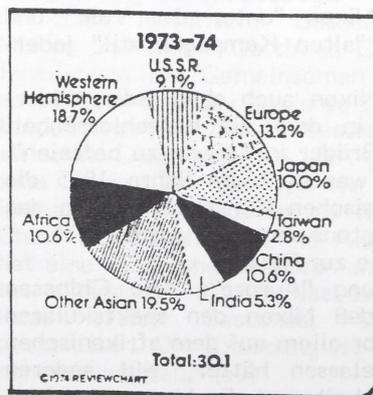
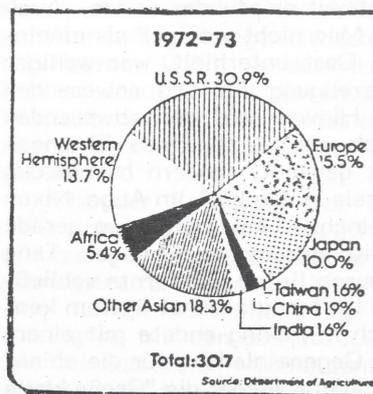


Tabelle 1

OECD COUNTRIES' TRADE WITH CHINA
1975 and 1976
(US \$000's; Exports, FOB; Imports, CIF)

Country	1975 Imports	1976 Imports	1975 Exports	1976 Exports	1975 Total Trade	1976 Total Trade	Change 1976/1975 Total Trade
US	158,400	201,600	303,600	135,600	462,000	337,200	-27%
Canada ¹	55,440	86,385	370,560	207,270	426,000	293,655	-31%
Japan ¹	1,531,080	1,330,755	2,258,640	1,604,730	3,789,720	2,935,485	-23%
Australia ¹	86,040	96,240	326,280	321,435	412,320	417,675	+ 1%
Austria ¹	13,440	18,015	29,520	15,540	42,960	33,555	-22%
Bel-lux ¹	44,640	50,580	46,800	38,355	91,440	88,935	- 3%
Denmark ¹	21,600	26,640	9,360	22,320	30,960	48,960	+58%
Finland	23,520	11,640	15,360	26,160	38,880	37,800	- 3%
France ¹	173,520	195,045	374,040	358,095	547,560	553,140	+ 1%
West Germany	224,400	270,840	522,840	622,560	747,240	893,400	+20%
Greece ²	1,488	2,502	2,148	2,778	3,636	5,280	+45%
Iceland	72	108	11,184	—	11,256	108	-99%
Ireland ¹	2,772	4,746	120	51	2,892	4,797	+66%
Italy	128,880	147,810	144,720	123,000	273,600	270,810	- 1%
Netherlands ¹	81,000	87,330	133,800	37,200	214,800	124,530	-42%
Norway ¹	8,160	8,325	108,000	18,525	116,160	26,850	-77%
Portugal ¹	9,840	2,850	432	438	10,272	3,288	-68%
Spain	33,960	47,640	23,280	17,400	57,240	65,040	+14%
Sweden ¹	47,040	50,685	41,520	32,175	88,560	82,860	-6%
Switzerland	30,960	36,240	56,520	51,840	87,480	88,080	+ 1%
Turkey ¹	21,960	1,148	1,572	2,295	23,532	3,443	-85%
UK	131,880	156,000	178,200	125,400	310,080	281,400	- 9%
Yugoslavia ¹	18,480	12,975	12,360	28,650	30,840	41,625	+35%
TOTAL	2,848,572	2,846,099	4,970,856	3,791,817	7,819,428	6,638,916	-15%

¹ Extrapolated from Jan-Nov 1976 trade statistics

² Extrapolated from Jan-June 1976 trade statistics

Bemerkenswerterweise waren es nicht die Boeings und auch nicht hochgezüchtete technologische Produkte, die Amerikas Hauptexportmasse ausmachten, sondern landwirtschaftliche Produkte.

Der Optimismus schlug sich in der Prognose nieder, daß die USA schon bald in die Spitzengruppe der drei chinesischen Haupthandelsländer vorstoßen werde. Wahrscheinlich würden die US-Exporte 1973 bei 500 Mio. US-Dollar liegen, während China umgekehrt Waren für rd.100 Mio.US-Dollar nach USA exportiere. Hinter Japan (1972: 1,1 Mrd. US-Dollar Handelsaustausch) und Hong Kong würden die USA damit an dritter Stelle liegen und die Bundesrepublik auf Platz vier verdrängen. (66)

Diese Prognose schien sich 1973 zu bestätigen. In diesem Jahr verzehnfachte sich der beiderseitige Handel gegenüber 1972. Die Zahlen:

Exporte nach China: 840 Mio.US Dollar
Importe aus China: 60 Mio.US Dollar.

Die Exporte der Amerikaner im Werte von 840 Mio. US-Dollar bestanden zu drei Vierteln aus landwirtschaftlichen Produkten (Weizen: 6,3 Mio.t, Korn 900 000 t, Mais, Baumwolle und Sojabohnen). Hinzu kamen zehn Boeing 707 für 150 Mio.US-Dollar. Angesichts des gewaltigen Exportüberschusses der Amerikaner erhob sich schon jetzt die Frage, ob China nicht zu einer Politik der Kredite übergehen wolle.

Das Jahr 1974 brachte dann jedoch - parallel zum politischen Verhältnis - eine Verschlechterung. Der Handel lag unter der ursprünglich erwarteten Summe von 1,25 Mrd. US-Dollar. Die Bilanz stand nun 10:1 für die USA. Immer noch hoch waren die US-

Weizenexporte. Chinas Anteil ist aus obiger Graphik zu sehen (in Mio. t) (67).

Bereits im Januar 1975 jedoch kam es zu Stockungen im Getreidehandel. Die Chinesen stornierten den Kauf von 600 000 t Weizen aus den USA. Über die Gründe ist viel gerätselt worden. Acht Motive wurden insgesamt diskutiert:

- Genügend Selbstversorgung?
- Mangelhaftigkeit der amerikanischen Lieferungen?
- Devisenprobleme?
- Verbesserung des innerchinesischen Transportnetzes und damit bessere Versorgungslage?
- Reaktion auf amerikanische Argumente, daß die chinesischen Masseneinkäufe den Weltgetreidepreis verteuert hätten?
- Kosmetische Maßnahmen angesichts des auslaufenden Fünfjahresplans?
- Umverlagerung der Warenströme?
- Kurzfristige Preismanöver? (68)

Die Bilanz für 1975/76 zeigte eine sich fortsetzende Talfahrt: (69)

Diese negative Entwicklung hing hauptsächlich damit zusammen, daß China von den USA keinen Weizen mehr bezog (stattdessen von Kanada und Australien): (70)

Alles in allem war eine solche Reduzierung zumindest von seiten der Chinesen, verständlich, die

**AMERICAN EXPORTS TO THE PEOPLE'S REPUBLIC OF CHINA,
1976, BY CATEGORY**

Tabelle 2 (Millions of US dollars)

Category	Total 1976	Total 1975	Change 1976 over 1975
Food and Live Animals	0.00	0.02	-100 %
Beverages and Tobacco	0.00	0.00	—
Crude Materials, Inedible except Fuels	13.02	100.13	- 86.8%
Mineral Fuels, Lubricants and Related Products	0.11	0.20	- 45 %
Animal and Vegetable Oils and Fats	0.00	0.01	-100 %
Chemicals	10.44	5.28	+ 97.7%
Manufactured Goods by Chief Materials	43.30	73.75	- 41.3%
Machinery and Transport Equipment	65.12	118.80	- 45.2%
Miscellaneous Manufactured Articles, NEC	3.38	4.97	- 32.0%
Items and Transactions, Not Classified	0.02	0.47	- 95.7%
TOTAL	135.39	303.63	- 55.3%

ja gegenüber den Amerikanern mit 10:1 (Einfuhr : Ausfuhr) 1974 in der Kreide standen (71). Die Tabelle 1 zeigt, daß nicht nur die USA, sondern auch andere Staaten von einem teilweise sogar erdrutschartigen Rückzug des Handels mit China betroffen waren.

Bei dieser Entwicklung muß es aber nicht bleiben. Der Präsident der Bank von Amerika, A. W. Clausen, hält eine Steigerung des sino-amerikanischen Handels auf eine Milliarde Dollar bis zum Jahr 1980 für möglich. Gegenüber einer Delegation des chinesischen Rates zur Förderung des internationalen Handels (CCPIT) vertrat Clausen die Meinung, daß Chinas wachsender Lebensstandard, seine Fähigkeit zur Selbstversorgung und ein durchschnittliches industrielles Wachstum von 15 Prozent Schlüsselfaktoren für die Ausweitung des Handels mit Amerika sein werden. Der Bankpräsident, der 1974 die Volksrepublik besucht hatte, warnte gleichzeitig seine Landsleute, den chinesischen Markt nicht den Japanern und Europäern zu überlassen. Clausen bezeichnete die Chinesen als "wertvolle Kunden", da sie ihre internationalen Verpflichtungen immer prompt erfüllen. (72)

Dies blieb nicht die einzige optimistische Prognose:

In der Studie "The Future of the China Market" rechnen die Experten des American Enterprise Institute for Public Policy Research und der Hoover Institution on War, Revolution and Peace damit, daß sich die politischen und die wirtschaftlichen Beziehungen der USA zur VR China bis Ende dieses Jahrhunderts wesentlich verdichten werden. So wird damit gerechnet, daß die USA ab 1980 größter Handelspartner der VR sein werden, daß die Botschaft von Taiwan nach Peking verlegt (ohne daß dies als ein zeitlich drängendes Problem angesehen wird) und daß der steigende Außenhandel vor allem durch wesentliche Exporte von Erdöl finanziert werden wird.

Die US-Geschäftswelt hat inzwischen eine Reihe

von wohlfunktionierenden Einrichtungen für den künftigen Chinahandel installiert.

a) 250 Geschäftsleute gründeten den "National Council for US-China-Trade", der sich um eine Erweiterung der bilateralen Handelsbeziehungen bemüht, der Delegationen entsendet - und als Empfangskomitee für Partnerdelegationen aus China dient - und der schließlich die Zweimonatszeitschrift "The China Business Review" herausgibt, ein Informationsblatt von hohem Niveau. Der Council bemüht sich auch um eine Meistbegünstigungsklausel für China (73). Außerdem macht er die chinesischen Besucher mit amerikanischen Geschäftspraktiken bekannt (74) und veranstaltet Handelsausstellungen. Er ist mit anderen Worten zu einer zentralen Anlaufstelle für die chinesischen Außenhandelskorporationen geworden.

b) Bankverbindungen:

Nach der New Yorker Chase Manhattan Bank nahm im Oktober 1975 die größte Handelsbank der Welt, die Bank of America, direkte Verbindungen zur Bank of China auf. Die Arbeiten beschränkten sich auf postalische oder telegrafische Überweisungen zwischen den Kunden beider Banken. Die Bank of America ist die zweite amerikanische Bank, die Verbindungen mit Peking hat.

Für die Zukunft muß es darauf ankommen, diese Institutionalisierungstendenzen noch zu verstärken, vor allem durch Abschluß von Verträgen (Handelsvertrag, Seeverkehrsabkommen, Lizenzabkommen etc.), durch die den Chinesen hauptsächlich die Meistbegünstigung eingeräumt wird.

Der Rückgang des amerikanisch-chinesischen Handels ist - vor allem nach dem Sturz der "Viererbände" - keine Frage des Prinzips mehr, sondern vielmehr ein Problem der chinesischen Zahlungsfähigkeit. Der künftige Erdöllexport dürfte hier als *deus ex machina* wirken. Umstritten ist allerdings die Ölmenge, die für den Export zur Verfügung stehen wird.

Das Wirtschaftskomitee des amerikanischen Kongresses rechnet damit, daß China von 1980 ab jährlich ca. 200 Mio.t Rohöl fördern werde, von denen wenigstens ein Viertel für den Export zur Verfügung stehe. (75)

Wolfgang Bartke (76) weist demgegenüber unter Auswertung des von den Chinesen im Laufe der Zeit selbst herausgegebenen Zahlenmaterials darauf hin, daß bis 1979 frühestens die Hundert-Millionen-Marke und 200 Millionen Tonnen keinesfalls vor 1985 zu erreichen seien.

Wie solche Schätzungen auch immer ausfallen: Fest steht jedenfalls, daß mit dem Öl als einer kräftigen Quelle für Deviseneinnahme künftig zu rechnen ist.

4. Ansätze einer Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet

Was bis 1972 undenkbar erschien, beginnt seit einigen Jahren zumindest in der halbamtlichen Diskussion mit einem "lauten Nachdenken" verschiedener Politiker greifbare Formen anzunehmen: nämlich eine militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und China.

James R. Schlesinger, ehemaliger Verteidigungsminister der USA und zuvor Chef der CIA, hielt sich vom 5. bis 28. September in der VR China auf und

hatte dabei - wie nur selten ein Besucher Chinas - Gelegenheit, in die Grenzregionen Sinkiang, Innere Mongolei sowie nach Tibet zu kommen.

Er wurde von allen Politikern mit Rang und Namen zu Aussprachen empfangen, u. a. von Hua Kuo-feng, der zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht Parteivorsitzender war, den Schlesinger aber gleichwohl zu Recht, wie man jetzt weiß - als die eigentliche Spitzenfigur der chinesischen Politik einschätzte.

Schlesinger zeigte sich tief besorgt über die Mängel der chinesischen Abwehr gegenüber potentiellen sowjetischen Angriffen. China besitze offensichtlich kaum geeignete Mittel, um einen großangelegten sowjetischen Tankangriff zu stoppen. Auch fehle es an Flugabwehrwaffen, die den hoch anfliegenden sowjetischen Flugzeugen gefährlich werden könnten. Alles in allem habe er den Eindruck gewonnen, daß China eher den hochmotivierten Volksmassen, vor allem den Milizen, traue, als der regulären Armee. U. a. hatte Schlesinger Gelegenheit, Luftabwehrübungen zu beobachten, bei denen Ballons abgeschossen wurden, die allerdings bei weitem nicht in jener Höhe lagen, wie sie von sowjetischen Flugzeugen angefliegen wird. Einem sowjetischen Angriffsapparat könne China zunächst kaum substantiellen Schaden zufügen. Wie aber sollte sich die chinesische Führung verhalten, wenn ein sowjetischer Angriever größere Gebiete aus China "herausgeschnitten" und besetzt haben sollte? Sollte man nun Hunderttausende von Menschen opfern, um dieses Gebiet in einem mühsamen Kleinkrieg wiederzugewinnen?

Schlesinger konnte bei seinen Gesprächen beobachten, daß die chinesische Führung sich dieser Fragen und Mängel in der Abwehr durchaus bewußt war. Nicht zuletzt deshalb auch bemühte man sich in Peking, bei den USA mehr Verständnis für chinesische Abwehrbemühungen zu wecken. Die USA gelten als eine Art äußerer Panzer im Rahmen der chinesischen Verteidigungsbemühungen. Nicht zuletzt deshalb auch fordere Hua Kuo-feng die USA auf, wegen der Möglichkeit eines sowjetischen Angriffs in verschiedenen Teilen Asiens die Flottenstärke im Pazifik aufrechtzuerhalten. Schlesinger wurde mit einer ähnlichen Botschaft auch von Verteidigungsminister Yeh Ch'ien-ying und Außenminister Ch'iao Kuan-hua empfangen. Die beiden chinesischen Politiker hätten die amerikanische Entspannungspolitik als "Beschwichtigungspolitik" verurteilt und von einer "München-Mentalität" gesprochen. Schlesinger erhielt auch den Eindruck, daß die Antisowjet-Politik Pekings weiterhin fortgesetzt wird. Gerade deshalb zeige sich Peking ja auch besorgt über die "weiche" Haltung Washingtons gegenüber Moskau. (77)

Angeblich hatte schon Teng Hsiao-p'ing seinem Gesprächspartner Außenminister Kissinger bei dessen Peking-Besuch im Oktober 1975 den chinesischen Wunsch nach US-Militärmaterial vorgetragen. China brauche von den USA hochmoderne Waffensysteme, um Luftwaffenstützpunkte und Raketenbasen vor einem denkbaren Überraschungsschlag sowjetischer Atombomber zu schützen, die nahe der Grenze zu China stationiert seien.

Anfang 1975 hat ein Angestellter der Rand Corporation, der Militäranalytiker Michael Pillsbury, in einem Zeitschriftenartikel Präsident Ford zur Ausgabe von Exportlizenzen für Waffenlieferungen nach China aufgefordert. Im einzelnen nannte Pillsbury Radarsysteme und Kameras für die Luftaufklärung. War dieser Artikel als Versuchsballon für die

amerikanische Öffentlichkeit gedacht?

Aus dem Kongress verlautete ferner, 1969 habe der US-Geheimdienst erkundet, daß die Sowjets mit hundertausend Mann eine Luftlandeaktion gegen chinesische Nukleareinrichtungen planten. Es habe eine Krisenberatung im Weißen Haus stattgefunden. Da es zu dieser Zeit noch keine offiziellen Verbindungen mit Peking gegeben habe, sei die Sowjetunion durch die US Regierung gewarnt worden, daß jeder Angriff gegen China als ein Akt betrachtet würde, der zu einem neuen Weltkrieg führen könne. Kurz danach sei der sowjetische Ministerpräsident Kossigyn zu einem Treffen mit Chou En-lai nach Peking gereist, und die Spannungen hätten nachgelassen. (78)

Ob diese Berichte zutreffen oder ob sie als Nachweis der zur Zeit schwer bedrängten Geheimdienste für ihre Unentbehrlichkeit dienen sollen, ist eine nicht zu beantwortende Frage.

Am 26. April 1976 meldete die japanische Tageszeitung Mainichi Shimbun unter "Berufung auf Regierungskreise in Tokyo", daß die USA trotz japanischer Proteste erwägen, der VR China Militärhilfe zu leisten. Insbesondere sei von der Lieferung von Aufklärungsflugzeugen, eines U-Boot-Abwehrsystems und von solchen Computern die Rede, die sowohl für militärische wie zivile Projekte eingesetzt werden können. (79)

Eine amerikanische Parlamentarierdelegation, die Ende April von einem siebentägigen Chinabesuch zurückkehrte, hatte demgegenüber den Eindruck gewonnen, daß Peking am Abschluß eines Verteidigungsabkommens mit den USA oder an der Lieferung amerikanischer Rüstungsgüter nicht interessiert ist. Melvin Price, Präsident des Militärausschusses des Repräsentantenhauses, betonte in diesem Zusammenhang, die Chinesen sehnten sich nicht im geringsten nach einem Bündnis mit den USA, das über die im Schanghai-Kommuniqué festgelegten Bedingungen hinausgehe. (80)

Im Schanghai-Kommuniqué hatten sich China und die USA, wie oben erwähnt, lediglich darauf festgelegt, im asiatisch-pazifischen Raum weder selbst eine Hegemonierolle anzustreben, noch zu dulden, daß eine dritte Macht (gemeint war hiermit vor allem die Sowjetunion!) eine solche Hegemonierolle übernehmen könne.

Was die Lieferung von Waffensystemen anbelangt, so sind einige europäische Länder schon mit gutem Beispiel vorgegangen.

Rolls-Royce liefert Flugzeugmotoren, Messerschmitt-Bölkow-Blohm Hubschrauber für die "Versorgung von Bohrinseln", Japan Patrouillenflugzeuge und Frankreich Radarausrüstungen. (81)

Sollen die USA - als größter Waffenhändler der Welt - hier nachziehen?

Washington weiß, wo die Grenze für eine solche Militärhilfe liegt: Sie wird gebildet durch die Toleranzschwelle der Sowjetunion, die sich von einer bestimmten "Grenz"-Überschreitung an weigern könnte, mit den USA weiter über Kernprobleme von beiderseitigem Interesse zu verhandeln (insbesondere im Abrüstungsbereich könnte eine Stärkung des chinesischen Militärs den Moskauer Willen zur Waffenreduktion schwächen).

Deshalb werden die USA in Zukunft weniger direkte als vielmehr indirekte Waffenhilfe leisten, indem sie "vormilitärische" Güter liefern.

Ein Beispiel dafür war die Diskussion um den Verkauf eines Großcomputers vom Typ "Cyber 72".

Die US-Regierung lehnte den Verkauf schließlich

ab:
Bei diesem Computer, der auch schon den Sowjets verwehrt wurde, handelt es sich um ein strategisches Gut erster Güte das für den zivilen Bereich - wie bei der Abschätzung von Erdölvorkommen - sowie auch auf dem militärischen Sektor (Luftverteidigung, Anti-U-Boot-Kriegführung) verwendbar ist. Nach Angaben von Regierungsbeamten wird die Verweigerung dieses Computers damit begründet, daß man keine der beiden kommunistischen Mächte bevorzugen wolle. Der Beamte gab ferner zu, daß es tatsächlich in der amerikanischen Regierung Diskussionen über die Lieferung militärischen Geräts an China gegeben habe. Dieser Komplex gehöre zu den zukünftigen Optionen der USA, und fügte hinzu: 'Ich sage damit nicht, daß solche Geschäfte niemals gemacht werden.'

Eines der inzwischen gestürzten Mitglieder der "Viererbande", der damalige stellvertretende Ministerpräsident Chang Ch'un-ch'iao, gab einer amerikanischen Kongreßdelegation zu verstehen, daß China kein Bündnis mit den Vereinigten Staaten eingehen werde und auch keine militärische Hilfe zur Unterstützung des chinesischen Verteidigungssystems erbeten habe. Selbst falls von amerikanischer Seite ein entsprechendes Angebot kommen sollte, würde Peking es ablehnen. (82)

Die Volksrepublik China ist nach Angaben der "New York Times" (24. Juni 1977) vor allem an Computern, Ausrüstungen zur Nachrichtenübermittlung, Kernreaktoren, Laser-Technik sowie Hubschraubern, Flugzeugen und Panzerabwehrraketen interessiert.

Am 27. Juni 1977 veröffentlichte die "New York Times" ein Geheimdokument, das vom amerikanischen Außenministerium dem Nationalen Sicherheitsrat und dem Geheimdienst CIA ausgearbeitet worden war; es soll als Grundlage dienen für Erörterungen zwischen Präsident Jimmy Carter, Außenminister Cyrus Vance, Verteidigungsminister Harold Brown und Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski.

Nach dem Bericht der "New York Times" bestand jedoch keine Übereinstimmung unter den Experten in der Bewertung, daß der Verkauf hochentwickelter Waffensysteme an die Volksrepublik China zu einer "Verhärtung des sowjetischen Standpunkts" gegenüber den USA führen müßte.

V. DIE LEHREN DER VERGANGENHEIT: ZUSAMMENARBEIT CHINA - USA IST ERSTREBENSWERT

Von 190 Jahren amerikanisch-chinesischer Beziehungen waren nur rd. 25 Jahre von Feindschaft und Spannung erfüllt (Die Jahre 1946 bis 1972 sind insofern nur eine Art "Betriebsunfall"). Washington war stets - trotz wechselnder Motive - an einem starken China interessiert. Zweimal wurde es zum "Retter Chinas in höchster Not".

a) Als die europäischen Mächte und Japan nach 1894 mit Hilfe von Eisenbahnkonzessionen, Bergwerksgerechtigkeiten und Landpachtungen großen Stils dazu übergingen, China in "Einflußsphären" aufzuteilen, (Frankreich: Südchina; England: Hinterland von Schanghai; Deutschland: Region von Schantung; Rußland: Mandchurei) und dadurch die staatliche Integrität des Reiches zu gefährden, verkündeten die USA, die sich um die Früchte ihres systematisch vorbereiteten Zugriffs auf China betrogen sahen

(1898/99: Erwerb von Schiffsbasen auf Hawaii, in Guam, in Ost-Samoa und auf den Philippinen) durch Staatssekretär John Hay die berühmte "Doktrin der offenen Tür" (1899), die auf die Bewahrung Chinas als Nation hienzielte. Dank der Uneinigkeit der europäischen Mächte wurde die "Doktrin" ein Erfolg!

b) Hilfe gegen Japan: Als Tokyo am 1.3.1932 das Kaiserreich Manchukuo ausrief, verkündete der amerikanische Außenminister Stimson die nach ihm benannte Doktrin, welche postuliert, daß solche Staaten von den USA nicht anerkannt werden könnten, die ihre Entstehung ausschließlich der völkerrechtswidrigen Verletzung anderer Nationen verdankten. Stimson bekräftigte damit die Beschlüsse der Neun-Mächte-Konferenz von Washington (1922). Grundlagen dieses für den Fernen Osten wohl wichtigsten diplomatischen Ereignisses nach dem Ersten Weltkrieg war es, ein starkes China zu schaffen, das dem Gleichgewicht in Ostasien dienlich sein könnte. Japan sollte sich einer Flottenbeschränkung unterwerfen und seine Truppen vor allem aus Nordostchina zurückziehen. Die Ausrufung des Kaisereiches Manchukuo machte diese Vertragsbestimmungen zur Makulatur.

Mit der Stimson-Doktrin begann der Kalte Krieg zwischen Washington und Tokyo, der mit Pearl Harbour in offene kriegerische Auseinandersetzungen umschlug und damit China entlastete.

Die USA versäumten es, mit den chinesischen Kommunisten Kontakt aufzunehmen (Ausnahme: Reisen und Berichte des Journalisten Edgar Snow; kleine halboffizielle Beobachtergruppe in Yenan). Beziehungen zu Chiang Kai-shek führten zur " Vernachlässigung" der Kommunisten. US-Bemühungen um eine Koalition zwischen Nationalisten und Kommunisten scheiterten an der Unversöhnlichkeit beider Parteien. Nach 1945 wurde Washington aus sinokommunistischer Sicht zum Feind Nr. 1: Die USA hätten im Zeichen des Antikommunismus begonnen, die zwischen ihnen und der Sowjetunion liegenden Länder der beiden Zwischenzonen zu besetzen. Washington habe die Kette kleiner Kriege in den Ländern der Ersten Zwischenzone, also in Afrika, Asien und Lateinamerika, niemals abreißen lassen. Der Bürgerkrieg in China (1945-1949) sei nach 1945 die erste und größte Auseinandersetzung im Kampf gegen den vordringenden US-Imperialismus gewesen. In den Ländern der Zweiten Zwischenzone hätten sich die USA vor allem mit Hilfe zweier Methoden - nämlich der Strategie des Marshall-Plans und einer forcierten Investitionspolitik - "festgebissen", um so ihr Glacis gegenüber dem sozialistischen Lager zu erweitern.

Fünf Ereignisse führten dazu, daß die USA jahrelang als Feind Nr. 1 galten:

Erstens der Korea-Krieg;

Zweitens die sich daran anschließende militärische Einkreisung Chinas (von den Aleuten über Japan, Südkorea, Okinawa, Taiwan, die Philippinen, Indochina bis Thailand, sowie auch der Aufbau multilateraler Verteidigungsbündnisse in Form der SEATO, CENTO und des ANZUS-Paktes), die von einem Handelsembargo und einem vollständigen Einreiseverbot für Amerikaner (1952) in die VR China flankiert wurden;

Drittens die systematische Stärkung der Kuomintang auf Taiwan (bilaterales Verteidigungsabkommen, finanzielle Zuschüsse, Sicherung des diplomatischen Vertretungsmonopols der KMT für die

"Republik China");

Viertens der Vietnam-Krieg (1964 ff.);

Fünftens die von den Chinesen seit Anfang der sechziger Jahre beargwöhnte "unheilige Allianz" zwischen Washington und den "Revisionisten" in Moskau.

Trotz schärfster gegenseitiger Polemiken bestanden seit 1958 die "Warschauer Gespräche" als eine Art "roten Drahtes".

1972 dann die überraschende Einladung Nixons nach Peking und Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Die beiden entscheidenden Anlässe waren:

Erstens der Beginn der "zweiten sino-sowjetischen Eiszeit" (Einmarsch in Prag, Breschnjew-Doktrin, Schüsse am Ussuri): Die Sowjetunion wird aus chinesischer Sicht zu einer "sozialimperialistischen" und auch in Asien "hegemonistischen" Macht und damit zum Feind Nr. 1.

Zweitens hatte der amerikanische Präsident auf der Pazifikinsel Guam die "Nixon-Doktrin" (1969) verkündet, der zufolge Washington - geschöckelt von seinen Rückschlägen in Vietnam - in Zukunft nicht mehr die Rolle eines Weltgendarms spielen, sondern die Lösung der asiatischen Probleme im wesentlichen den einheimischen Regierungen überlassen wollte. Die vietnamesischen Probleme z. B. sollten sich "vietnamisieren", die chinesische Frage (Taiwan) sollte sich "sinisieren". Der anfängliche Verdacht, Washington wolle mit diesem neuen Trick nur "Asiaten mit Asiaten bekämpfen" (z. B. das Saigon Van Thieus gegen Hanoi und das Kambodscha Lon Lols gegen die Roten Khmer ausspielen) bestätigte sich nicht. Erkenntnis: "Der amerikanische Hund ist durch China gelaufen - und hat nicht gebissen!"

Das Schanghai-Kommuniqué war ein Eingeständnis, daß die auf der "Domino-Theorie" basierende Eindämmungspolitik (Containment) gegenüber China gescheitert war. Washington hatte nach Gründung der VR China, nach dem Koreakrieg und dem Zusammenbruch des französischen Kolonialismus in Indochina befürchtet, "der Kommunismus" werde - von China ausgehend - stückweise die asiatische Staatenwelt erobern. Washington, das die Rolle des Beschützers freiheitlich-demokratischer Länder in Asien übernommen hatte, versuchte nun, die in Europa (Marshall-Plan, NATO) so erfolgreich geübte Containment-Politik auf Asien zu übertragen. Aus mindestens drei Gründen waren die Verhältnisse hier jedoch anders als in Europa:

Keine in sich gefestigten Nationalstaaten,

kein traditionelles "Konzert der Mächte", (sondern vielmehr Staaten-Hierarchie - mit China als Mittelpunkt - anstelle eines "Gleichgewichts"),

keine militärische Bedrohung (sondern vielmehr "soziale Herausforderung" von seiten Chinas).

Washington hätte der chinesischen "Bedrohung" also eher mit einer sozialen Entwicklungsstrategie begegnen müssen als durch militärische Bündnisse mit innovationsfeindlichen Eliten.

Im übrigen fühlten sich nur die wenigsten Staaten Asiens von China bedroht. Pakistan war beispielsweise geneigt, in Indiens "Furcht vor China" hauptsächlich einen Trick New Delhis zu sehen, um von Moskau Waffen zu erhalten, die dann nicht gegen Peking, sondern gegen den unliebsamen Nachbarn in Islamabad eingesetzt werden könnten. Ebenso fühlten sich Thailand, Laos und Kambodscha eher von Hanoi bedroht als von Peking. In der Tat suchte denn auch Sihanouk jahrelang enge Kontakte zu China.

Die theoretische Grundlage des US-Containment

gegen China, die sogenannte "Domino-Theorie", stand also auf unsicherem Fundament. Obwohl sich die USA inzwischen aus Südostasien weitgehend zurückgezogen haben, kann von einem Vordringen des Sino-Kommunismus keine Rede sein. Vielmehr hat sich die "Domino-Theorie" paradoxerweise heute gegen China selbst gewandt.

Die Lehren der Geschichte sind unmißverständlich: Immer dann, wenn die USA an einem starken China interessiert waren - und dazu neigten sie eigentlich permanent, wenn man einmal von den Jahren 1950 - 1970 absieht -, war eine Zusammenarbeit mit Washington für China nützlich.

VI. Anhang:

BASISDOKUMENTE

ZU DEN SINO-AMERIKANISCHEN BEZIEHUNGEN

1. Das Schanghai-Kommuniqué vom 27. Febr. 1972

Auf Einladung des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Chou En-lai, hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Richard Nixon, vom 21. bis 28. Februar 1972 die Volksrepublik China besucht. Der Präsident wurde von Mrs. Nixon, dem amerikanischen Außenminister William Rogers, dem Berater des Präsidenten, Dr. Henry Kissinger, und anderen amerikanischen Regierungsvertretern begleitet.

Präsident Nixon traf am 21. Februar mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tse-tung, zusammen. Die beiden Staatsmänner führten einen ernsthaften und offenen Meinungsaustausch über die chinesisch-amerikanischen Beziehungen sowie über weltpolitische Fragen.

Während des Besuches fanden umfassende, ernsthafte und offene Gespräche zwischen Präsident Nixon und Ministerpräsident Chou En-lai über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China wie auch über andere Fragen von beiderseitigem Interesse statt. Darüber hinaus führten Außenminister William Rogers und Außenminister Chi P'eng-fei Gespräche in demselben Geiste.

Präsident Nixon und seine Begleitung besuchten Peking und besichtigten kulturelle, industrielle und landwirtschaftliche Einrichtungen; sie besuchten ebenfalls Hangchou und Schanghai, wo sie die Gespräche mit chinesischen Politikern fortsetzten und ähnliche Einrichtungen von Interesse besichtigten.

Die führenden Politiker der Volksrepublik China und der Vereinigten Staaten von Amerika fanden es nützlich, nach so vielen Jahren ohne Kontakt die Möglichkeit zu haben, einander ihre Ansichten über eine Vielfalt von Fragen offen darzulegen. Sie erörterten die internationale Situation, in der wichtige Veränderungen und große Umwälzungen stattfinden, und legten ihre jeweiligen Standpunkte und Einstellungen dar.

Die amerikanische Seite erklärte: Der Friede in

Asien und der Friede in der Welt erfordern Anstrengungen, um sowohl die unmittelbaren Spannungen zu verringern als auch die Grundursachen von Konflikten zu beseitigen. Die Vereinigten Staaten werden sich für einen gerechten und sicheren Frieden einsetzen: gerecht, weil dies dem Streben der Völker und Nationen nach Freiheit und Fortschritt entspricht; sicher, weil dadurch die Gefahr einer fremden Aggression beseitigt wird. Die Vereinigten Staaten unterstützen die Freiheit des einzelnen und den sozialen Fortschritt für alle Völker der Welt, und zwar frei von äußerem Druck oder Intervention. Die Vereinigten Staaten sind der Überzeugung, daß den Bemühungen um eine Verminderung der Spannungen durch eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Ländern mit verschiedenen Ideologien gedient wird, weil dadurch die Risiken einer Konfrontation durch Zufälle, Fehleinschätzungen oder Mißverständnisse vermindert werden. Staaten sollten einander mit gegenseitigem Respekt begegnen und bereit sein, in einen friedlichen Wettstreit einzutreten, wobei letztlich die Leistungen entscheiden werden. Kein Land sollte für sich Unfehlbarkeit beanspruchen, und jedes Land sollte bereit sein, seine eigene Haltung für das gemeinsame Wohl zu überprüfen. Die Vereinigten Staaten unterstrichen, daß es den Völkern Indochinas gestattet werden sollte, ohne Intervention von außen über ihr Schicksal zu bestimmen; ihr ständiges Hauptziel ist eine Lösung auf dem Verhandlungswege gewesen; der von der Republik Vietnam und den Vereinigten Staaten am 27. Januar 1972 unterbreitete Acht-Punkte-Vorschlag stellt eine Grundlage für die Erreichung dieses Ziels dar; solange noch keine Lösung auf dem Verhandlungswege zustande gekommen ist, fassen die Vereinigten Staaten den schließlichen Abzug aller amerikanischen Streitkräfte aus diesem Gebiet in Übereinstimmung mit dem Ziel der Selbstbestimmung für jedes Land Indochinas ins Auge. Die Vereinigten Staaten werden ihre engen Bindungen zu der Republik Korea aufrechterhalten und diese weiterhin unterstützen; die Vereinigten Staaten werden die Bemühungen der Republik Korea um eine Verminderung der Spannungen und eine verstärkte Kommunikation auf der koreanischen Halbinsel unterstützen. Die Vereinigten Staaten legen den größten Wert auf ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Japan; sie werden die bestehenden engen Bindungen weiter entwickeln. In Übereinstimmung mit der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 21. Dezember 1971 befürworten die Vereinigten Staaten die Fortsetzung der Waffenruhe zwischen Indien und Pakistan und den Abzug aller militärischen Streitkräfte auf ihre eigenen Territorien sowie auf die jeweiligen Seiten der Waffenstillstandslinie in Jammu und Kaschmir; die Vereinigten Staaten unterstützen das Recht der Völker Südasiens, ihre eigene Zukunft frei von militärischer Drohung und ohne daß dieses Gebiet zum Gegenstand von Großmacht-Rivalitäten wird in Frieden zu gestalten.

Die chinesische Seite erklärte: Wo Unterdrückung herrscht, gibt es Widerstand. Staaten wünschen Unabhängigkeit, Nationen wünschen Befreiung, und das Volk wünscht Revolution - dies ist zu einem unwiderstehlichen Trend der Geschichte geworden. Alle Nationen, groß oder klein, sollten gleich sein; große Nationen sollten die kleinen nicht tyrannisieren, und starke Nationen sollten die schwachen nicht tyrannisieren. China wird niemals eine Supermacht sein, und es lehnt Hegemonie und Machtpolitik jeder Art ab. Die chinesische Seite erklärte, daß sie den

Kampf aller unterdrückten Völker und Nationen für Freiheit und Befreiung nachdrücklich unterstützt, und daß die Menschen aller Länder das Recht haben, gemäß ihrem eigenen Wunsche ihre sozialen Systeme zu wählen, und daß sie das Recht haben, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität ihrer eigenen Länder zu sichern und sich gegen ausländische Aggression, Einmischung, Kontrolle und Subversion zu wenden. Alle ausländischen Truppen sollten in ihre eigenen Länder zurückgezogen werden.

Die chinesische Seite brachte ihre feste Unterstützung für die Völker Vietnams, Laos' und Kambodschas bei deren Bemühungen um die Erreichung ihres Zieles zum Ausdruck sowie ihre feste Unterstützung für den Siebenpunkte-Vorschlag der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Süd-Vietnam, für die Erläuterung vom Februar dieses Jahres hinsichtlich der beiden Hauptprobleme in diesem Vorschlag und für die gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker. Sie unterstützt nachdrücklich das Acht-Punkte-Programm für die friedliche Wiedervereinigung Koreas, das von der Regierung der Volksrepublik Korea am 12. April 1971 unterbreitet wurde, sowie die Forderung nach Abschaffung der "UN-Kommission für die Vereinigung und den Wiederaufbau Koreas". Sie wendet sich nachdrücklich gegen das Wiederaufleben und den Expansionsdrang des japanischen Militarismus und unterstützt entschieden den Wunsch des japanischen Volkes, ein unabhängiges, demokratisches, friedliches und neutrales Japan zu schaffen. Sie vertritt entschieden den Standpunkt, daß Indien und Pakistan in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinigten Staaten zur indisch-pakistanischen Frage unverzüglich all ihre Streitkräfte auf ihre eigenen Territorien und auf ihre Seite der Waffenstillstandslinie in Jammu und Kaschmir zurückziehen sollten, und unterstützt nachdrücklich die Regierung und das Volk Pakistans in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit und ihrer Souveränität sowie die Bevölkerung von Jammu und Kaschmir in ihrem Kampf um das Selbstbestimmungsrecht.

Zwischen den sozialen Systemen und der Außenpolitik Chinas und der Vereinigten Staaten bestehen wesentliche Unterschiede. Beide Seiten stimmten jedoch darin überein, daß Länder ihre Beziehungen ungeachtet ihrer sozialen Systeme nach den Prinzipien der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten, des Verzichts auf Aggression gegen andere Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, der Gleichheit und des beiderseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz regeln sollten. Internationale Streitigkeiten sollten auf dieser Basis, ohne zur Anwendung von Gewalt zu greifen, beigelegt werden. Die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China sind bereit, diese Prinzipien auf ihre beiderseitigen Beziehungen anzuwenden.

Von diesen Prinzipien auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen ausgehend, erklärten beide Seiten, daß

- ein Fortschritt in Richtung auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten im Interesse aller Länder liegt;
- beide Seiten die Gefahr eines internationalen Konflikts zu vermindern wünschen;
- keine von beiden Seiten eine Hegemonie im asiatisch-pazifischen Bereich anstreben sollte,

und daß jede von ihnen Bemühungen irgendeines anderen Landes oder irgendeiner Gruppe von Ländern zur Errichtung einer solchen Hegemonie ablehnt;

- keine der beiden Seiten bereit ist, im Namen irgendeiner dritten Partei zu verhandeln oder in Vereinbarungen oder Absprachen mit dem anderen zu treten, die sich gegen andere Länder richten.

Beide Seiten sind der Ansicht, daß es gegen die Interessen der Völker der Welt sein würde, wenn irgendein großes Land mit einem anderen gegen dritte Länder konspirierte oder wenn die großen Länder die Welt in Interessensphären aufteilen.

Die beiden Seiten befaßten sich mit den seit langem bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen China und den Vereinigten Staaten. Die chinesische Seite bekräftigte ihren Standpunkt: Die Taiwan-Frage ist die entscheidende Frage, die der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten im Wege steht; die Regierung der Volksrepublik China ist die einzige rechtmäßige Regierung Chinas; Taiwan ist eine Provinz Chinas, die schon seit langem zum Mutterland zurückgekehrt ist; die Befreiung Taiwans ist eine innere Angelegenheit Chinas, in die sich einzumischen kein anderes Land ein Recht hat, und alle amerikanischen Streitkräfte und militärischen Einrichtungen müssen von Taiwan abgezogen werden. Die chinesische Regierung lehnt entschlossen alle Aktivitäten ab, die auf die Schaffung von "ein China, ein Taiwan", "ein China, zwei Regierungen", "zwei Chinas" oder "ein unabhängiges Taiwan" abzielen oder befürworten, daß "über den Status von Taiwan" noch entschieden werden muß.

Die amerikanische Seite erklärte: Die Vereinigten Staaten erkennen an, daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Straße von Taiwan der Auffassung sind, daß es nur ein China gibt und daß Taiwan ein Teil Chinas ist. Die amerikanische Regierung stellt diesen Standpunkt nicht in Frage. Sie bekräftigt ihr Interesse an einer friedlichen Regelung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst. Mit dieser Aussicht vor Augen versichert sie, daß das Endziel der Abzug aller amerikanischen Streitkräfte und militärischen Einrichtungen von Taiwan ist. In der Zwischenzeit wird die amerikanische Regierung ihre Streitkräfte und militärischen Einrichtungen auf Taiwan fortschreitend in dem Maße abziehen, wie sich die Spannung in diesem Raum vermindert.

Die beiden Seiten stimmten darin überein, daß es wünschenswert ist, die Verständigung zwischen beiden Völkern zu vertiefen. Zu diesem Zweck erörterten sie spezifische Gebiete in Bereichen wie der Wissenschaft, der Technologie, der Kultur, dem Sport und dem Journalismus, in denen Kontakte und Austauschprogramme von Volk zu Volk von beiderseitigem Nutzen wären. Beide Seiten werden darangehen, die weitere Entwicklung solcher Kontakte und Austauschprogramme zu erleichtern.

Beide Seiten sehen im bilateralen Handel ein weiteres Gebiet, aus dem beiderseitiger Nutzen gezogen werden kann, und stimmten darin überein, daß wirtschaftliche Beziehungen, die sich auf Gleichheit und beiderseitigen Nutzen stützen, im Interesse der Völker der beiden Länder sind. Sie stimmten darin überein, die fortschreitende Entwicklung des Handels zwischen ihren beiden Ländern zu erleichtern.

Die beiden Seiten stimmten darin überein, daß sie auf verschiedenen Wegen in Kontakt miteinander bleiben werden; dazu gehört, daß von Zeit zu Zeit ein

hochgestellter Vertreter der Vereinigten Staaten zu konkreten Konsultationen nach Peking entsandt wird, um die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und den Meinungsaustausch über Fragen von gemeinsamem Interesse fortzusetzen.

Die beiden Seiten brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß die während dieses Besuches erzielten Fortschritte neue Aussichten für die Beziehungen zwischen beiden Ländern eröffnen. Sie sind der Überzeugung, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht nur im Interesse des chinesischen und des amerikanischen Volkes liegt, sondern auch zur Verminderung der Spannungen in Asien und der ganzen Welt beiträgt.

Präsident Nixon, Mrs. Nixon und die amerikanische Delegation brachten ihren Dank für die herzliche Gastfreundschaft zum Ausdruck, die ihnen von der Regierung und dem Volk der Volksrepublik China erwiesen wurde.

2. Die Rede Keng Piao

(zu Abschnitt III/2cc)

1. Über die USA als eine der beiden Hegemonie-Mächte

Wörtlich: "Die Sowjetunion ist nicht dieselbe Sowjetunion wie noch vor zwanzig Jahren. Die USA aber sind immer noch dasselbe, was sie schon vor zwanzig Jahren waren. Sie sind eine der beiden Hegemoniemächte. Die USA praktizieren nach wie vor das kapitalistische System im eigenen Land und fördern nach außen hin den Waffenexport, die Kriegsvorbereitung und den nuklearen Wettstreit. Die 7. Flotte kreuzt nach wie vor im Pazifik. Obwohl das Land keine Militärbasen in Thailand und keine Truppen in Südvietnam mehr unterhält, verfügt es doch über Militärbasen auf den Philippinen, über schwerbewaffnete Truppen in Südkorea, über Luftbasen in Okinawa und über Truppen in Europa.

Verglichen mit der Vergangenheit ist die militärische Stärke der USA im Abnehmen; auch ihr Verhalten wirkt heute weniger arrogant. Ihre aggressive Natur aber bleibt nach wie vor dieselbe. Vernünftigerweise muß deshalb die Speerspitze unseres Kampfes nicht nur auf die Sowjetrevisionisten, sondern ständig auch auf die USA gerichtet sein.

Heutzutage verwenden wir verhältnismäßig wenig das Wort 'US-Imperialismus' und sprechen statt dessen von 'einer der beiden Hegemoniemächte'. Soll dies etwa bedeuten, daß wir die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus aufgegeben haben und dem Imperialismus und Kolonialismus nicht länger Widerstand leisten wollen? Diese Frage ist vielen Genossen und auch vielen Bruderparteien offensichtlich noch nicht ganz klargeworden. Einige scheinen die Frage überhaupt mißzuverstehen.

Aus diesem Grunde bleibt uns nichts anderes übrig, als Erziehungs- und Propagandaarbeit zu leisten und unermüdlich über die Frage von ihren positiven und negativen Aspekten her zu diskutieren, so daß wir alle zu einem gründlichen Verständnis der revolutionären diplomatischen Linie des Vorsitzenden Mao gelangen. Der Sowjetrevisionismus und der US-Imperialismus sind nach wie vor die Quelle des Kriegs. Diese Tatsache wird sich in der gegenwärtigen internationalen Situation nicht ändern."

2. Über die Frage der Vereinigung mit den USA zum Zwecke der Isolierung Moskaus:

"Die hervorragende Situation hat sich scharf geändert und scheint sich dunkel zu umwölken angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion unter dem Einfluß des Revisionismus von einem sozialistischen Land zu einer sozialimperialistischen Macht wurde. Angesichts dieser Lage sind wir gezwungen, auch in unserer Außenpolitik eine große Wendung zu vollziehen. Heutzutage sind wir von zwei imperialistischen Blöcken umgeben. Einerseits ringen die USA und die Sowjetunion um die Hegemonie und stehen einander kompromißlos gegenüber. Andererseits aber arbeiten sie wieder miteinander zusammen, verhandeln 'hinter der Bühne' und teilen sich in ihre Interessen. Würden wir sie zwingen, noch näher zusammenzurücken und würden wir sie wie eine Einheit behandeln, so wären die Folgen unausdenkbar.

Deshalb haben wir, um zu überleben, uns der einen Macht anzunähern und von der anderen abzurücken. Aus der strategischen Vogelperspektive bedeutet dies, daß wir, wenn wir den chinesisch-amerikanischen Konflikt einstweilen zur Seite stellen, dadurch in die Lage versetzt werden, uns der anderen Seite mit ganzer Energie zu widmen und Zeit zu gewinnen, um unsere internen Probleme zuerst zu lösen und unser Land in einer verhältnismäßig friedvollen Umgebung aufzubauen. Nur aus diesem Grunde müssen wir die Beziehungen mit den USA verbessern, damit also einen Feind abbauen und mehr Freunde gewinnen. Dies ist eine konkrete Ausführung der revolutionären diplomatischen Linie des Vorsitzenden Mao, wie sie in der gegenwärtigen Situation zu erfüllen ist."

3. Über die Frage der von Peking eingeschlagenen Strategie gegenüber den USA:

"Was unsere Beziehungen zu den USA anbelangt, so können einige Leichtfertige und Abenteurer die Doppelnatur der regierenden Kreise in den USA nicht richtig einschätzen. Die meisten von ihnen sehen nur ihre reaktionäre Seite und betonen den Kampf. Sie übersehen dabei ihre schwache Seite, die man durch Verhandlungen ausnützen könnte. Auf diese Weise könnte man sich ja den Kampf gegen die USA durch Ausnutzung der schwachen Seite der USA ersparen.

Ganz gleich, aus welcher Perspektive wir auch immer die Frage betrachten, wir müssen ein richtiges Konzept zur Frage unserer US-Politik haben. Dies heißt im einzelnen:

1. Die USA sind nach wie vor ein imperialistisches Land
2. in Übereinstimmung mit der sich entwickelnden Situation müssen wir positiv die chinesisch-amerikanischen Beziehungen in einigen Punkten verbessern.

Diese beiden Maximen enthalten die Philosophie der 'Vereinigung als auch des Kampfes' - eine Praxis erprobter Grundsatzpolitik und flexibler Taktik.

Solange wir diese Doppelnatur des US-Imperialismus im Auge behalten, ist unsere US-Politik, die auf den ersten Blick so widersprüchlich erscheint - ohne es zu sein - ohne weiteres zu begreifen. Einerseits tadeln wir beispielsweise die fortdauernde Präsenz der imperialistischen US-Truppen in einigen Ländern. Gleichzeitig aber unterstützen wir die Präsenz der US-Truppen in Westeuropa und auf den Philippinen. Dies ist nicht weiter verwunderlich, wenn wir uns an die eben vorgebrachten Erklärungen halten. Obwohl die fortdauernde Präsenz der US-Truppen in Westeuropa die aggressiven Ambitionen der sowjetrevisionis-

nistischen neuen Zaren keineswegs aufhalten kann, vermag sie doch wenigstens eine vorübergehende Stabilität zu garantieren und den Kriegsausbruch zu verzögern. Eine solche 'Verzögerung' ist sowohl für uns als auch für die ganze Welt günstig. Im übrigen aber ist unsere ständige Außenpolitik darauf gerichtet, der Präsenz amerikanischer Truppen auf den Gebieten anderer Völker Widerstand zu leisten. In einigen Gebieten dagegen plädieren wir für die fortdauernde Präsenz der US-Truppen. Dies ist nichts anderes als flexible Taktik innerhalb eines weitgespannten Ganzen. Würden wir, im Gegensatz dazu, die Vereinigten Staaten in den gleichen Topf wie den Feind werfen und sie genauso behandeln wie die Sowjetunion, so würden wir von vorne wie von hinten angegriffen und würden uns selbst in eine schwierige Situation hineinmanövrieren".

4. Über die Frage einer "Normalisierung" der Beziehungen zwischen Peking und Washington:

"Taiwan hat in der Welt von heute nur noch geringe politische Bedeutung. Trotzdem ist es nicht möglich, das Taiwan-Problem in kurzer Zeit zu lösen. Vielleicht wird eine Lösung erst in ein oder zwei Jahrzehnten oder vielleicht sogar noch später möglich sein. Die Befreiung Taiwans wird sich jedenfalls nicht unmittelbar nach der vollständigen Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen durchsetzen lassen. Auf keinen Fall aber sollten wir die Erwähnung unterlassen, daß Taiwan ein Teil des chinesischen Territoriums ist, und wir sollten es auch keinem großen Land wie den USA erlauben, die Theorie von 'zwei chinesischen Staaten' voranzutreiben. Eine der Vorbedingungen für die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und China besteht folglich darin, daß Washington die Regierung der Volksrepublik China als die einzig legitime Regierung anerkennt und daß die USA weiterhin ihren Botschafter aus Taiwan abziehen. Wir werden es den Vereinigten Staaten nicht verbieten, Kontakte des Handels und der Beziehungen von Volk zu Volk mit Taiwan aufrechtzuerhalten, auch dann wenn wir eines Tages normale Beziehungen miteinander haben. Auch Japan, Malaysia, Kanada, Großbritannien und viele andere Staaten, die diplomatische Beziehungen mit uns errichtet haben, unterhalten nach wie vor Handels- und Volks-Volks-Kontakte mit Taiwan. Dies ist ein Verhalten, das uns nicht mißfallen kann. Nur die Anerkennung eines einzigen 'China' ist unumgänglich. Alle anderen Fragen sind weniger bedeutsam. Bisher freilich sind uns die USA hier nicht entgegengekommen."

5. Über die Frage der "Befreiung Taiwans".

"Taiwan zu befreien ist unsere feste Politik. Die Ausführung freilich hängt von der Entwicklung der gesamten internationalen Situation und von unserer eigenen Vorbereitung ab. Eine 'friedliche Lösung' wäre der beste Weg, wenn sich die Anwendung von Gewalt vermeiden ließe. Gegenwärtig halten wir am besten den Status quo fest. Wenn sich der Status quo in diesem strategischen Gebiet einige Zeit lang halten läßt, dann kann die Frage selbstverständlich in angemessener Frist gelöst werden. Gegenwärtig lassen wir die Vereinigten Staaten dafür sorgen, daß der Einfluß der Sowjetrevisionisten von unseren östlichen Küsten ferngehalten wird. Auf diese Weise können wir uns umso stärker dem Einfluß von Norden her widersetzen und uns außerdem dem 'nationalen Aufbau' widmen. Sobald die Zeit reif ist, werden wir Onkel Sam jedoch ohne Umschweife klarmachen, daß er verschwinden soll.

Was zur Zeit Sorge macht, ist ganz und gar nicht die Taiwanfrage. Taiwan ist das Haupthindernis für die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Aber es ist keineswegs der Gegenstand unserer Hauptsorge. Wir haben fast 26 Jahre lang gewartet und wir können auch länger warten. Angesichts der gegenwärtigen Weltlage haben wir uns in allererster Linie unserem Feind Nummer Eins, dem sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus, zu widmen. Alle anderen Gesichtspunkte sind durchaus sekundär. Die Situation wird die Vereinigten Staaten zwingen, dies im Auge zu behalten und sich danach zu richten.

Die wachsende Tendenz in den Regierungskreisen der USA, 'einen Ausgleich mit der Sowjetunion zu finden', ist eine Angelegenheit, die uns Sorgen macht. Nixon und Ford haben unser Land besucht. Mitglieder und Führer des US-Kongresses und der frühere US-Verteidigungssekretär Schlesinger sind bereits eingeladen. Künftig werden noch mehr Amerikaner, die im militärischen, politischen und sozialen Bereich einflußreich sind, eingeladen. Der einzige Zweck all dieser Einladungen besteht darin, ihnen unablässig unsere Ansichten in Bezug auf die politische Lage mitzuteilen und ihnen klarzumachen, daß eine Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion nicht ratsam ist, da sie einer Kapitulation und einem Rückschritt gleichkäme. Dies wäre kein positiver Beitrag zur Lösung der Weltprobleme, sondern ein Weg, der allen nur Schaden bringt."

3. Rede des US-Außenministers Cyrus Vance vor der Asia-Society, 29. Juni 1977, in New York (Quelle: wireless bulletin)

...Our ties with Japan remain the cornerstone of our policy in Asia. But we see great opportunities for building a new relationship with the People's Republic of China.

After 25 years of confrontation, we are carrying on a constructive dialogue with the People's Republic of China.

Vast differences in culture, social systems, ideology, and foreign policy still separate our two countries, but the Chinese and American people no longer face each other with the hostility, misunderstanding, and virtually complete separation that existed for two decades.

We consider friendly relations with China to be a central part of our foreign policy. China's role in maintaining world peace is vital. A constructive relationship with China is important, not only regionally, but also for global equilibrium, such a relationship will threaten no one. It will serve only peace.

The involvement of a fourth of mankind in the search for the solution of global issues is important.

In structuring our relationship with the Chinese, we will not enter into any agreements with others that are directed against the People's Republic of China. We recognize and respect China's strong commitments to independence, unity, and self-reliance.

Our policy towards China will continue to be guided by the principles of the Shanghai Communique, and on that basis we shall seek to move towards full normalization of relations. We acknowledge the view

expressed in the Shanghai Communique that there is but one China. We also place importance of the peaceful settlement of the Taiwan question by the Chinese themselves.

In seven weeks, I shall be in Peking to talk with the leaders of China. A broad range of world issues demands our attention, and we want to explore ways to normalize further our bilateral relationship with the People's Republic of China. Mutual and reciprocal efforts in this regard are essential.

As we prepare to go to Peking, we recognize that progress may not be easy or immediately evident. But his administration is committed to the process, and we are approaching the talks in Peking with that in mind....

The Republic of Korea has made good use of the opportunities provided by peace on the peninsula to become increasingly self-reliant and self-sufficient. The standard of living of its people has improved significantly over the past decade. Its trade has grown enormously. Its agriculture has been revolutionized.

Our security commitment to the Republic of Korea and our determination to maintain it are essential to the preservation of peace in Northeast Asia.

South Korea's growth and strength are the basis for President Carter's decision to proceed with a carefully phased withdrawal of American ground troops. This will be done in a way that will not endanger the security of South Korea. We will also seek, with the concurrence of the Congress, to strengthen South Korea's defense capabilities.

Furthermore:

Our ground troops constitute only about 5 percent of the total ground troops committed to the defense of South Korea.

- The gradual withdrawal of these troops over four to five years will be offset by the growing strength and self-confidence of the South Korean armed forces.
- Our air, naval, and other supporting elements will remain.
- We are working closely with the Korean to help them increase their own defense capabilities.

The United States and the Republic of Korea share a strong desire to establish a durable framework for maintaining peace and stability on the peninsula.

- We support the entry of North and South Korea into the United Nations without prejudice to ultimate reunification...
- We are prepared to move toward improved relations with North Korea provided with Korea's allies take steps to improve relations with South Korea.
- We have proposed negotiations to replace the existing armistice with more permanent arrangements.
- We have offered to meet for this purpose with South and North Korea and the People's Republic of China as the parties most immediately concerned and to explore with them the possibilities for a larger conference. We will enter any negotiations over the future of the peninsula only with the participation of the Republic of Korea.

Ten years ago, even while war raged in Indochina, five Southeast Asian countries created a new instrument for peace - the Association of South-

east Asian Nations of ASEAN. Our ties with one of its members, the Philippines, are rooted in our shared history. The strength of these ties is reinforced by our mutual defense treaty. Each of ASEAN's other four members - Thailand, Indonesia, Malaysia, and Singapore - is an old and valued friend....

Close relations between the United States, Australia and New Zealand long antedate our formal alliance in ANZUS. Only last week, the President welcomed Australian Prime Minister Malcolm Fraser to Washington. In their wide-ranging talks, particular attention was paid to the Asian region. The contribution Australia and New Zealand make to the region is vital, and we will consult closely with them on all matters of common interest.

While we work with traditional friends, we have begun the process of normalizing relations with the Socialist Republic of Vietnam.

Our old friends in Southeast Asia and the Pacific have been kept fully informed of our talks with the Vietnamese. They agree that the interests of all would be served by the establishment of normal relations between Vietnam and the United States.

The scars of war still exist on both sides. Both sides retain a residue of bitterness that must be overcome. But there is some progress:

- Together with the Vietnamese, we have devised a system for identifying and returning the remains of Americans missing in action in Vietnam. Soon the remains of twenty more American pilots will be returned from the land where they died - some as long as a decade ago - to the land they served so honorably and so well.
- We have lifted restrictions on travel to Vietnam, and taken other positive steps to assist in the progress of reconciliation.
- We have offered to lift the trade embargo as we establish diplomatic relations.
- And we will no longer oppose Vietnam's membership in the United Nations. I expect to see its delegation seated there at the next general assembly session....

Today, as we look across the vast Pacific, we see the web of relationships that links us together, and America's continuing role in Asia's security. The peace of that region also depends upon our efforts to reduce tensions with the Soviet Union. Any attempt to change the present general equilibrium would be viewed with concern by all others in the region...

Anmerkungen:

- 1) Näheres s. Weggel, "Peking und die Pläne um Diego Garcia", C.a. Mai 1974, S.240-248
- 2) Spiegel-Interview 1974 Nr.43, S.124 f.)
- 3) "Henry Kissinger - Superstar", abgedruckt im SPIEGEL 1974 Nr.29, S.70-78
- 4) Times, 7.8.1975
- 5) C.a. August 1972, Ü 8
- 6) Vgl. u.a. C.a. September 1974, Ü 10
- 7) JMJP, 9.11.71
- 8) NCNA, 9. und 10.8.74
- 9) Näheres Rüdiger Machetzki, "Henry Jackson in Peking", C.a. 1974 Nr.8, S.471-473
- 10) NCNA, 3.4.76
- 11) C.a. 1974/9, Ü 10
- 12) NCNA, 8.5.1976

- 13) NCNA, 12.3.1973
- 14) NCNA, 15.3.1973
- 15) IHT und Le Monde, 18.2.1977
- 16) PRu 73, Nr.3, S.19
- 17) PRu 73, Nr.6, S.17-19
- 18) PRu 73, Nr.12, S.14 f.
- 19) PRu 73, Nr.11, S.11-13
- 20) PRu 73, Nr.11, S.14
- 21) PRu 74, Nr.50, S.15 f.
- 22) IHT, 17.10.1975
- 23) C.a. 1976/Okttober, Ü 10
- 24) Zusammenstellung bei Weggel, "Die Außenpolitik Chinas, Entscheidungsstruktur, Stellung in der Welt, Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland", München, Wien 1975, S.410-434
- 25) Ebenda mit Nachweis
- 26) PRu 1971 Nr.47, S.6 27)Vgl. Anhang; Dok.1
- 28) Zum Kommuniqué vgl. NCNA, 29.9.1972
- 29) Europa-Archiv 1955, S.7254 ff.
- 30) IHT, 23.11.1976
- 31) IHT, 23.22.1976
- 32) C.a. 1974/9, Ü 10
- 33) Times, 16.12.1974
- 34) Le Monde, 8.7.1973
- 35) Zitiert nach NZZ, 9.7.1973
- 36) PRu 76, Nr.18, S.29 f.
- 37) NCNA, 26.7.1975
- 38) Kommuniqué in NCNA, 23.2.1973
- 39) Radio Peking, I.S., 4.7.73, zitiert nach MD Asien, 5.7.73, S.3
- 40) Vgl. C.a. 1973/5, S.231
- 41) So z.B. Times, 25.5.74, und Ulrich Grudinski in FAZ, 25.5.74
- 42) IHT, 25.5.1974
- 43) FEER, 26.9.1975
- 44) NCNA, 16.12.1972
- 45) IHT, 16., 19.10.1972
- 46) IHT, 4.9.1972
- 47) IHT, 26.2.1972
- 48) IHT, 22.8.1973
- 49) CSM, 4.8.1973 50)Zur Flüchtlingsfrage vgl. C.a. 1973/7, Ü 17
- 51) NCNA, 6.1.1976
- 52) Times, 11.12.1974
- 53) CSM, 31.7.1972
- 54) NCNA, 2.4.1975
- 55) IHT, 29.3.1975
- 56) NCNA, 2.4.1975
- 57) IHT, 16.12.1975
- 58) NCNA, 6.2.1975 59)NCNA, 6.2.1976
- 60) NCNA, 23.2.1976
- 61) NCNA, 23.2.1976
- 62) Bericht von H.J. Höfer, dpa 25.2.1976, in BPA/Ostinfo vom 26.2.1976 - "China - USA", S.9. Zur Rede Nixons und Hua Kuo-fengs beim Bankett vgl.NCNA, 25.2.1976
- 63) Times, 24.2.1976
- 64) Die Welt, 27.2.1976
- 65) Abgedruckt in C.a. 1974, S.508-510
- 66) IHT, 24.7.73
- 67) Quelle: FEER, 25.10.1974, S.51 (vgl. z.B.C.a. 1974/1, Ü 48, 1974/2, Ü 54
- 68) Im einzelnen dazu: Oskar Weggel, "Getreideeinkäufe am Wendepunkt?", C.a. 1975, S.75-77
- 69) Quelle: The China Business Review, S.46, March/April 1977
- 70) Quelle: Ebenda, S.39, May/June 1977
- 71) Vgl. Thema Getreidekauf in C.a. Januar 1975
- 72) The Japan Times, 22.9.1975
- 73) C.a. April 1975/4, Ü 55

- 74) Japan Times, 4.6.1975
 75) Japan Times, 28.5.75
 76) C.a. Juni 1975, S.286-304
 77) CSM, 4.10.1976; NZZ, 1.10.1976; Die Welt, 5.10.1976

- 78) SZ, 20.11.1975
 79) C.a. Mai 1976, Ü 7
 80) Die Welt, 27.4.1976
 81) Näheres C.a. 1977, S.182
 82) IHT, 13.4.1976, JT, 28.4.1976

DAS DEUTSCHLAND-BILD DER CHINESEN

Wolfgang Bartke

"Franz Josef Strauß sagt, daß die Aufrüstung der Sowjetunion deren Verteidigungserfordernisse bei weitem übersteigt. Sie richtet sich in erster Linie gegen den Westen". - "Strauß betont, daß die Sowjetunion die Entspannungspolitik als Mittel benutzt, die Moral des Westens einzuschläfern, um diesen besser liquidieren zu können....."

Zitate dieser Art werden gemeinhin dem Bayern-Kurier zugeordnet. Tatsächlich entstammen sie der Pekingener "Volkszeitung". Diese Kuriosität ist einer der Schlüssel zum Verständnis der chinesischen Pressepolitik. Es gehören dazu mehrere.

Ehe die Frage nach dem Deutschland-Bild des Chinesen angegangen werden kann, sind einige grundsätzliche Feststellungen zu treffen. Wie in allen kommunistischen Staaten wird auch in China die Presse von der Propagandaabteilung des Zentralkomitees gesteuert. Diese führt Weisungen aus, die im Politbüro der Partei erarbeitet werden. Das Schema einer solchen Pressepolitik ist erstaunlich simpel: es gehören dazu nur Schwarz und Weiß: Sozialismus ist gut, Kapitalismus ist schlecht. Grautöne dazwischen sind dem Schema angepaßt. Differenzierungen werden vorgenommen zwischen Staaten ohne und jenen mit diplomatischen Beziehungen. Erstere werden ausschließlich unter negativen Gesichtspunkten von der Propagandaabteilung der Partei behandelt; letztere auch unter sachlichen, für die dann die staatliche Nachrichtenagentur zuständig ist.

Im Falle der Bundesrepublik Deutschland bringt das mit sich, daß Artikel aus der Feder der Propagandaabteilung grundsätzlich von Westdeutschland sprechen, die staatliche Nachrichtenagentur dagegen von der Bundesrepublik spricht.

Aus dem Gesagten versteht sich von selbst, daß das von der chinesischen Presse gezeichnete Bild vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Oktober 1972 ein ausschließlich negatives gewesen ist. Es läßt sich auf die Formel bringen: Die Bundesrepublik war ein Lakai der USA, ein Land, in dem revanchistische Kräfte die Wiedereroberung der verlorenen Ostgebiete anstreben, in dem das kapitalistische Wirtschaftssystem, geschüttelt von Streik und Demonstrationen dem von Marx vorhergesagten Untergang zugeht.

Die Differenzierung begann mit Aufnahme der

diplomatischen Beziehungen. Im folgenden wurde das Schwarz-Weiß-Schema beibehalten und erfuhr lediglich eine Bereicherung. Diese bezieht sich auf die wichtigste Komponente der chinesischen Außenpolitik, in der die Sowjetunion der Hauptfeind ist. Hierzu muß seither auch die Bundesrepublik Deutschland erhalten. Sie wird mit eingespannt in die Diffamierungskampagne gegen die Sowjetunion.

Seit Jahren erscheinen in der chinesischen Presse monatlich annähernd 200 anti-sowjetische Artikel, zur Hälfte eigene, zur anderen Zitierungen der Weltpresse. Der Aufwand dieser Polemik ist enorm. Er steht für das Selbstverständnis des Anspruches, besser zu sein als der sowjetische Kommunismus.

Unter diesen Voraussetzungen verwundert es nicht, daß der "Bayern-Kurier" nach "Der Welt" und der "FAZ" an dritter Stelle aller zitierten deutschen Presseorgane steht, gefolgt von der Zeitschrift "Wehrkunde". 1976 war der "Bayern-Kurier" sogar das meistzitierte Organ. Aber nicht nur die deutschen Presseorgane werden in die anti-sowjetische Kampagne einbezogen, sondern auch offizielle Publikationen. So fanden z.B. die Weißbücher des Verteidigungsministeriums 1973/74 und 1975/76 mit Passagen, in denen die überzogene Aufrüstung der Sowjetunion behandelt wird, Eingang in die chinesische Presse.

Es sind die gleichen Gesichtspunkte, nach denen die chinesische Presse die Politiker unseres Landes für zitierungswürdig hält. Zwar gebieten die diplomatischen Beziehungen die Registrierung der wichtigsten Aktivitäten von Bundeskanzler, -präsident und Außenminister, die daher die meist zitierten sind. Stehen mithin die Regierungspolitiker im Vordergrund, so ist doch die den Oppositionspolitikern gezollte Aufmerksamkeit bemerkenswert, weil sie quantitativ jenen kaum nachsteht, wobei letztere ausschließlich mit anti-sowjetischen Äußerungen zitiert werden.

So spiegelt sich zum Beispiel deutlich die von Willy Brandt initiierte Ostpolitik wider, die der chinesischen Politik zuwiderläuft, weshalb dieser auch nach seiner Abdankung als Bundeskanzler lediglich noch einmal Eingang in die chinesische Presse gefunden hat, nämlich mit dem Eingeständnis der Wahlniederlage der SPD bei den Bundestagswahlen 1976. Hieraus versteht es sich ebenso von selbst,